

werden bei allen Schmeichlerischen Postbüreau, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren

Inserate

die dreispaltigen Zeitzeile 25 Gr. — 20 Wg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Volkshandlung Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen franko. Wöchentliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelpost.

Weise an die Redaktionen und Expedition des in Deutschland und Oesterreich vertriebenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerer Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schide man uns die Weise nicht direkt, sondern an die bekannten Bezugsstellen. In zweifelhaften Fällen eingehend.

Parteienossen! Bergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Die Schule des — revolutionären Ent-eignens!

„Heilig ist das Eigenthum.“ Wie oft wird uns nicht dieser Satz von unsern Gegnern entgegengeschrien. Kein Staat, keine organisirte Gesellschaft seien möglich, wenn nicht das rechtmäßig erworbene Eigenthum als unverletzlich hochgehalten werde, der rechtmäßige Eigenthümer gegen jede gewaltsame Fortnahme seines Eigenthums, welches immer dessen Ursprung, gesichert sei. Es sei ein himmelschreiendes Verbrechen, das erworbene Recht nicht unter allen Umständen zu respektiren.

So unsere Widersacher, und wir Sozialisten sind auch gutmüthig genug, ihren Redensarten Rechnung zu tragen. Wir quälen uns ab, Mittel und Wege ausfindig zu machen, den Sozialismus einzuführen ohne dem bestehenden Eigenthum zu nahe zu treten. Wir denken, wenn wir von Enteignung reden, immer nur an eine Enteignung unter sachgemäßer Entschädigung, haben aber eine merkwürdige Scheu vor Enteignung ohne Entschädigung, wiewohl wir uns sagen müssen, daß eine solche die Umwandlung der Gesellschaft, die wir erstreben, erheblich beschleunigen würde.

Thoren, die wir sind! Wir lassen uns durch Redensarten imponiren, anstatt die schönen Reden, die unsere Gegner uns halten, an der Hand von deren eigenen Thaten auf ihren wirklichen Werth zu untersuchen. Heilig ist das Eigenthum? Unantastbar das erworbene Recht? Ja, wie springt Ihr denn mit dem heiligen Eigenthum um, wie respektirt Ihr denn das erworbene Recht?

Die „Kölnische Zeitung“, gewis ein berühmtes Organ der bestehenden Ordnung, hatte neulich eine Korrespondenz aus Berlin, die zu dieser Frage recht lehrreiches Material liefert. Das Ding lautet wörtlich:

„Berlin, 3. Juli. Es tauchte vor einigen Tagen in verschiedenen Zeitungen die Nachricht auf, daß Unterhandlungen, welche schon bei Abtheilen weiland Kaiser Friedrichs mit dem Herzog von Cumberland gepflogen sein sollten, nunmehr zu einem Abschlusse gekommen wären. Die Nachricht wurde bald darauf an maßgebender Stelle als unbegründet bezeichnet und schien damit in verdientes Vergessen gerathen zu sein; in gewissen Kreisen will man dieselbe aber immer noch für wahr halten, und es dürfte deshalb einen gewissen Werth haben, darauf hinzuweisen, daß a m t l i c h auch nicht das Geringste vorliegt, was derselben eine tatsächliche Unterlage geben könnte. Es wäre unter allen Umständen schwer ersichtlich, worüber man heute noch diesseits mit dem Herzog von Cumberland unterhandeln könnte. Die Thüren zu Verhandlungen sind ihm jahrelang offen gehalten gewesen; jetzt sind sie ihm für alle Zeiten verschlossen, und alle Ansprüche, die er früher vielleicht noch hätte zur Geltung bringen können, sind nunmehr längst verwirkt. Es ist übrigens zu bezweifeln, daß der Herzog von Cumberland bei dem unermesslichen Reichthum, über den er verfügt, beabsichtigen könnte, den Vorwurf wucherischen Vorgehens auf sich laden zu wollen, der ihn verdienstlos machen würde, wenn er sich mit einer Geldsumme abfinden lassen wollte, um dagegen seinen ohnmächtigen Ansprüchen, die er gegen die bestehende Ordnung der Dinge in Deutschland erhebt, zu misgönnen. Schließlich sei bemerkt, daß es überhaupt gar nicht mehr darauf ankommt, was der Herzog von Cumberland denken oder wünschen mag. Die Akten, welche seine Persönlichkeit betreffen, sind für uns geschlossen; dagegen besteht noch immer die nach ihm benannte deutsch-feindliche Welfenpartei, an deren Haltung sich in letzter Zeit nichts geändert hat und in absehbarer Zeit nichts ändern dürfte, wodurch die Idee eines Ausgleichs zwischen Deutschtum und Welfenthum von vorn herein als vollständig ausgeschlossen bezeichnet werden darf.“

Dies die Korrespondenz. Wir pflegen sonst keinen Werth darauf zu legen, wenn deutsche Blätter bei Besprechung der deutschen Reichspolitik statt in der dritten in der ersten Person reden — es ist das, seit wir „große Nation“ sind, Mode geworden und wird, ebenso wie von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, von der „Frankfurter Zeitung“ praktizirt, der es allerdings wunderbar genug ansteht. Im vorliegenden Falle aber ist doch anzunehmen, daß der Schreiber, der da von „uns“ spricht, weiß, warum er es thut. Stil und Geist des Ganzen verrathen Jemand, der mit bei der Stange sitzt. Es ist aller Wahrscheinlichkeit nach derselbe Mitarbeiter des rheinischen Volksblattes, der das deutsche Volk vor drei Monaten durch die Meldung überraschte, daß es unfehlbar zu Grunde gehen werde, wenn der Battenberger die Tochter des deutschen Kaisers zur Frau erhalte, und daß demnach diejenigen, welche für die Heirath seien, die schlimmsten Feinde des deutschen Reiches seien, derselbe Mitarbeiter, der die Mackenzie-Heke inszenirte und dirigirte, kurz, irgend ein „Haaßgeist“ des Reichskanzleramts, wahrscheinlich des Kanzlers talentvoller Sohn Herbert selbst. Auf keinen Fall stammt die Notiz von ungefähr, sondern hat einen hochoffiziösen Charakter.

Was besagt sie nun? Der Herzog von Cumberland, der Sohn Georg's IV. von Hannover, hat alle Ansprüche auf den Thron von Hannover und den Thron von Braunschweig, trotzdem er der rechtmäßige Erbe der letzten Inhaber derselben ist, verwirkt. Er hat

weder ein Recht auf diese Thronfolge mehr, noch auf eine Entschädigung für dieselben. Warum? Was ist sein Verbrechen?

Er hat die Annexion Hannovers an Preußen als nicht zu Recht bestehend anerkannt.

Bleibt aber diese Annexion zu Recht?

Kein Mensch kann das behaupten. Sie ist erfolgt auf dem Weg der Gewalt. Ob hinter dieser Gewalt ein höheres allgemeines Interesse stand, ist für die Beurtheilung der Kernfrage gleichgültig. Auf das höhere allgemeine Interesse sich berufen, ist für den, der die Macht hat, stets kinderleicht gewesen. Der Herzog von Cumberland wird dafür, daß er einen Gewaltakt, der ihn seines legitimen Rechtes beraubt, seine Anerkennung verweigert, damit bestraft, daß man ihm erklärt: Nicht nur kriegt Du Dein Eigenthum nicht zurück, wir halten es sogar nicht einmal mehr für nöthig, Dir eine Entschädigung zu geben.

Wir Sozialisten können uns an dieser Argumentation ein Beispiel nehmen. Sie enthebt uns aller Schwierigkeiten für die Zukunft. „Du Schnapsfabrikant, wir nehmen Dir hiermit Deine Brennerei fort — im allgemeinen Interesse. Bist Du es zufrieden, gut, dann ist die Sache erledigt. Bist Du es aber nicht, wagst Du es gar, von Vergewaltigung zu reden, Protest gegen dieselbe zu erheben, um, so hast Du dadurch jeden Anspruch auf Dein Eigenthum „verwirkt“, weder von Herausgabe, noch von Entschädigung kann fürder die Rede sein.“

Damit aber noch nicht genug. „Du hast nicht nur den Anspruch auf das Dir bereits genommene Eigenthum verwirkt, sondern auch auf alles Eigenthum, was Dir durch Erbschaft z. z. zufallen könnte. Nicht nur die Schnapsbrennerei, sondern auch die Sägmühle, die Papierfabrik z. z., Alles gehört jetzt, bezw. fällt jetzt an den Staat, wie wir ihn aufgerichtet.“

„Wie? Du erklärst, Dich unterwerfen zu wollen, möchtest aber dafür wenigstens eine auskömmliche Entschädigung haben? Lächerlich. Wir haben die Macht und Deine Ansprüche haben daher absolut keinen Werth. Wer aber für etwas, das werthlos ist, Entschädigung verlangt, ladet den Vorwurf wucherischen Vorgehens auf sich. Tödd Dich, alter Knabe, und sei froh, daß wir Dich nicht als Wucherer aufknüpfen.“ Das nennt man doch Logik!

Es gibt Leute, die, wenn auch nicht öffentlich, so doch sich selbst insgeheim zugestanden, daß die Art des Vorgehens gegen den Cumberland ein höchst bedenklicher Miß in das Legitimitäts-Prinzip darstellte, und die daher gern einen Ausgleich zu Stande kommen sahen, der die Sache nachträglich in ein legitimes Gewand hüllte. Wahrscheinlich gehörte Friedrich III. zu diesen, es ist wenigstens aus den Eingangssätzen der obigen Notiz unzweideutig herauszulesen und stimmt auch sonst zu manchen Neigungen des verstorbenen „liberalen“ Kaisers. Bismarck aber ist über solche philliströse Schwächen erhaben. Etwas herangegeben, was ich einmal habe? Fällt mir nicht ein. Und dann, auf welcher Basis könnte denn der Ausgleich zu Stande kommen? An eine Herausgabe der hannoverschen Krone denkt kein Mensch; auch der Thron von Braunschweig ist besetzt und bleibt besetzt, kann also nur noch eine Geldentschädigung in Frage kommen. Aber dann müßte man ja den „Fonds zur Abwehr der Umtriebe des Königs von Hannover“ herausdrücken? Nimmermehr, das darf nicht sein, und darum ist die Idee eines Ausgleichs zwischen Deutschtum und Welfenthum von vorn herein als vollständig ausgeschlossen zu bezeichnen. Den Reptilienfonds herausverlangen, das ist Wucher, und Niemand hat den Wucher mehr, als der gute Freund des Freiherrn von Bleichröder und Bestzer des „Wohlfahrers“ von Schönhausen.

Vielleicht ist von den vielen Sünden, deren Friedrich III. sich während seiner Quasi-Regierung schuldig gemacht, die Gefährdung des Reptilienfonds die schlimmste.

Nun, von Wilhelm II. ist dergleichen nicht zu erwarten. Er beugt sich willig dem staatsmännischen Genie Bismarck, und so ist sein Versprechen an „sein“ preussisches Volk, das Recht zu schützen, auch im Bismarck'schen Geiste zu verstehen — die Wunde, die das revolutionäre Recht dem geschriebenen Recht geschlagen, bleibt offen. Es liegt und selbstverständlich fern, das zu bedauern, wir sind im Gegentheil durchaus damit einverstanden. Das lebendige Beispiel wirkt am überzeugendsten.

Aus Amerika.

In den Vereinigten Staaten beherrscht schon jetzt die Frage der Neuwahl des Präsidenten vollständig das öffentliche Leben. Die beiden „alten großen Parteien“ haben so sehr die Presse des Landes in der Hand, daß nur vereinzelte Blätter, und zwar hauptsächlich die Organe der Arbeiter, gegen den Hegensabbath, den der Interessentkampf um das erste Amt des Landes entfesselt, sich ausnehmen. Es ist öffentliches Geheimniß, daß der weitaus größte Theil der amerikanischen Presse seinen Einfluß bei den Wahlen direkt der weißblütigen Partei verkauft, und es ist etwas Alltägliches, daß heute ein Blatt demokratisch schreibt, welches gestern noch mit den republikanischen Drahtziehern durch die Dumm ging.

Es ist übrigens der amerikanischen Presse ungemein leicht gemacht, ihren Kack zu wuscheln. Prinzipien spielen schon seit Langem im ameri-

kanischen Wahlkampfe eine untergeordnete Rolle; vielleicht ist es auch richtiger gesagt: Prinzipien kommen dem amerikanischen Politiker durchweg nicht zum Bewußtsein. Seit der Abschaffung der Regierflatterei war der amerikanische Wahlkampf ein nackter Kampf um die Deute, bei welchem es sich darum handelte, ob das Volk republikanisch beraubt oder demokratisch betrogen werden sollte. Der Presse kann man also nicht einmal den Vorwurf des Prinzipienwechsels machen, wenn sie heute diesem, morgen jenem Herrn dient. Es handelt sich, wenn überhaupt von Prinzipien zu reden ist, nur um eins, nämlich um das Prinzip, welches in Louis Philipp's: „Bereichert Euch!“ seinen besten Ausdruck gefunden. Je weniger es sich aber bei amerikanischen Wahlkämpfen um eigentliche Prinzipien handelt, um so mehr ist bei Aufstellung des Programms — der Plattform — der betreffenden Parteien von Prinzipien die Rede. Die amerikanischen Politiker sind jedoch in ihrem Geschäft viel zu erfahren, als daß sie nicht wüßten, daß sie durch ein hohes Ausprechen von Grundsätzen manche Interessentkreise kopfschütteln und ins Lager der Gegner hinüberbetreiben könnten. Deshalb sind diese Plattformen stets ein wahres Muster von Unklarheit, und die Verfasser derselben sind Meister darin, Sätze niederzuschreiben, aus denen Jeder das ihm Passende herauszubekommen vermag. Mit großer Geschicklichkeit umgeht man es, einen Gedanken so auszudrücken, daß er einseitig, d. h. nach einer Richtung hin, gedeutet werden kann.

Bei dem jetzigen Wahlkampfe hat die demokratische Partei, gestützt auf eine Jahresabstimmung des von ihr wieder nominirten Präsidenten Cleveland, einen die Frage des Freihandels berührenden Passus in ihre Plattform eingestellt. Cleveland hatte in der erwähnten Botschaft darauf hingewiesen, daß im Schachmatt der Vereinigten Staaten Ueberflüsse vorhanden seien, und daß die Politik der Regierung darauf gerichtet sein müsse, eine Abnahme dieser Ueberflüsse herbeizuführen. In Wirklichkeit denkt Cleveland gar nicht an die Durchführung einer wirklichen Freihandelspolitik. Das Schlagwort von Schutzzoll und Freihandel kam jedoch den demokratischen Politikern für die Wahlen gelegen und sie sahen ihre hierauf bezüglichen Forderungen in folgende „Planke“: „Die demokratische Partei der Vereinigten Staaten . . . spricht sich für die Anfnahme aus, welche Präsident Cleveland in seiner letzten Jahresbotschaft an den Kongreß zum Ausdruck brachte, als die richtige Interpretation jener Plattform bezüglich der Frage der Zoll-Tarif-Reduktion und schließt sich den Anstrengungen der demokratischen Repräsentanten im Kongreß an, eine Reduktion übermäßiger Besteuerung herbeizuführen.“

Die „New-Yorker Volkszeitung“ bemerkt hierzu: „Ihre — der Demokraten — Beweisführung ist eine sehr simple: wir haben — sagen sie — zu viel Geld im Staats-Schatz und es strömt immer mehr hinein; das muß aufhören. Es müssen also weniger Steuern erhoben werden; die indirekte Steuer des Einfuhrzollens verteuert viele Waaren und schafft Monopole. Wir bedürfen also einer Tarif-Reform. Nun könnten freilich Leute kommen und sagen: auch unter dem Freihandel gedeihen Monopole. Und die Arbeiter aus vielen „geschützten“ Industrien könnten ihre Stimmen erheben und fragen: „Wo bleiben wir?“ Deshalb beschränkt sich die Plattform einer sehr vorsichtigen Sprache und versichert ausdrücklich, daß die beabsichtigte Tarif-Reform ganz besondere Rücksicht auf die amerikanischen Industrien und auf das Verhältniß der amerikanischen zu den europäischen Arbeitslöhnen nehmen müsse. Wie das zu geschehen habe, — darüber schweigt der Sängers Häßlichkeit. Und doch kommt es daraus am meisten an; doch würde ein offenes Ausprechen nach dieser Richtung hin erst die Differenzpunkte zwischen den Freihändlern und Schutzzöllnern klar stellen. Das aber ist es gerade, was man vermeiden will; denn damit würde man nicht nur vielen Wählern, sondern auch den Schutzzoll-Demokraten unter den Politikern vor den Kopf stoßen.“

Selbst die korrupte Presse der bürgerlichen Parteien verhöhnt diesen Eierkatz, was sie aber absolut nicht abhält, denselben mitzumachen. So schreibt der berühmte Hermann Koster in der „Illinois Staatszeitung“: „Die Plattform, ja die Plattform! Das ist ein schwieriges Ding. Es war ja recht schön und bequem, zu sagen, daß Cleveland's letzte Jahresbotschaft eine genügende Plattform sei; aber da sind die Schutzzoll-Demokraten in Pennsylvania, New-Jersey, und manche auch in New-York und Connecticut: — die sind nicht damit zufrieden. Und doch brauch man ihre Stimmen! Wie soll man sie bei der Stange halten? Das Einfaßte wäre die Wiederaufnahme des Programms von 1884, das, wie ein Janus-Standbild, mit zwei Gesichtern nach entgegengesetzten Richtungen lächelt. Aber das getraut man sich nicht, weil es wie eine halbe Verleugnung Cleveland's aussehn würde. Was also soll geschehen? Der Plattform-Ausfluß ist und schmeißt Blut. Im günstigen Falle wird er bis heute früh mit seiner Beratung fertig geworden sein. Vielleicht wäre es der beste Ausweg aus einer verdrießlichen Lage, wenn die demokratische Partei es diesmal, statt mit einem „So wo hi — als a u s“, mit dem „W e d e r — n o c h“ versucht. — Vor vier Jahren erklärte sie sich sowohl für Freihandel als auch für Zoll-schutz. Wie, wenn sie diesmal erklärte, daß sie w e d e r für Freihandel, n o c h für Schutzzoll sei?“

Wohlgemerkt, Koster tritt in diesem Wahlkampfe nicht für die Republikaner, sondern für die Demokraten ein! —

Die Arbeiterklasse hat es bis jetzt in Amerika noch nicht dazu gebracht, daß eine ihrer vielen Organisationen mächtig genug wäre, den Wahlkämpfen dortselbst im Allgemeinen einen prinzipiellen Charakter aufzubringen. Die Wahlkämpfe, in welchen dort die Arbeiterklasse ihre eigenen Forderungen zum prinzipiellen Ausdruck brachte, waren lokaler Art. So in Chicago und in anderen Städten des Nordwestens und besonders in New-York im November 1886. Aber diese lokalen Kämpfe zeigten doch, daß das amerikanische Proletariat sich zu fühlen begann, und daß es anfang zu verstehen, daß neben dem wirtschaftlichen Kampfe auch der politische gepflegt werden müsse. Freilich hat die kapitalistische Reaktion, welche dem plötzlichen Aufstehen des amerikanischen Proletariats im Jahre 1886 gefolgt ist, für den Augenblick nahezu jede bedeutendere politische Aktion desselben unmöglich gemacht. Der „amerikanische Arbeiter“, Henry George, ergreift sich in den seichtesten und abgefaultesten Freiheitelphrasen, und der geistvolle Verfasser von „Fortschritt und Armuth“ ist herabgesunken zum allgeringfügigsten Lohndrücker und Be-fürworter der Cleveland'schen Kandidatur. Sein Einfluß auf die Arbeiterklasse ist aber auch total dahin. Wie die George'sche, so ist auch die Pomderis'sche Arbeiterbewegung im Niedergang begriffen, die Mittel-leberjahi des Ordens des „Ritter der Arbeit“ geht rapid zurück. Neben diesem Rückgang der bestehenden hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen zeigt sich aber ein günstiges Moment, nämlich die zunehmende Ausbreitung sozialistischer Ideen in den englischsprechenden Arbeiterkreisen. Kögen diese sozialistischen Ideen auch vielleicht zunächst mehr als „Sozialismus der Phrase“ in die Erscheinung treten, so führt doch die Beschäftigung mit dem Sozialismus dazu, sich mit dem Wesen desselben genauer bekannt zu machen. Wer sich einmal eingehender mit dem Sozialismus beschäftigt, ist ihm verfallen, und das größte Verhängnis der deutschsprechenden Sozialisten in den Vereinigten Staaten besteht nicht in ihrer Organisation — obgleich wir den Werth derselben nicht unterschätzen wollen —, sondern in der Thatfache, daß sie es waren, die sozialistische Ideen zuerst in die englischsprechenden Kreise der amerikanischen Arbeiterklasse hineingetragen haben. Es ist die Frage, ob die

nächste allgemeine politische Organisation der amerikanischen Arbeiterklasse durch einen sozialistischen Charakter trägt, aber unvollständig ist, daß diese Organisation sehr stark von sozialistischen Ideen durchsetzt sein wird. Mit der größeren oder geringeren Ausbreitung dieser Ideen hängt die Frage zusammen, wann in den amerikanischen Wahlkämpfen wieder Prinzipien zum Ausdruck kommen werden, und wann der Kampf um die Werte, wie er uns heute in diesen Wahlen entgegentritt, dem Kampf der Klassen Weg zu machen hat. Die Prinzipien des Kapitalismus einerseits und die des Sozialismus andererseits werden dann auch für die amerikanischen Wahlen allein entscheidend sein.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 12. Juni 1888.

Das schmachtvolle Treiben der deutschen Regierungspresse während der Regierungszeit des kranken Kaisers Friedrich — schmachtvoll vom Standpunkte jedes anständigen Menschen und doppelt schmachtvoll vom monarchistischen Gesichtspunkte aus — hat zur Genüge verrat, welche Angst die Hintermänner dieser Presse vor dem wahren Selbständigkeitsgefühl des todkranken Mannes hatten, und wie viel für sie und ihre laubenen Pläne auf dem Spiele stand. Und wie die Beziehungen des Hofes und der höchsten Staatsbeamten zu diesen Pressesofanen kennt, für den war es von Anfang an kein Zweifel, wer eigentlich hinter der ganzen Deje gegen den verstorbenen Kaiser stand, der durch seine Chronikberichterstattung so viele Berechnungen zu Schanden zu machen drohte. Bei dem „Kabaerverhör“, der in der ganzen preussischen Beamtenhierarchie gegenüber des Kaisers Willen widerspruchlos geübt wird, wäre gegen den Willen Bismarck's Niemand auf den Gedanken einer Opposition gegen den Kaiser gekommen — die Väter der verschiedenen „Dejen“ waren also aller Welt bekannt.

Der rasche Tod des Kaisers befreite diese hohen — Kreise von ihrer Angst, nicht aber von ihrem Paß, den sie jetzt vielmehr erst recht ohne Furcht äußern konnten, und, ihrem Charakter entsprechend, auch in der widerwärtigsten Weise äußerten.

Einen Beitrag für diese unglückselige Erscheinung erhielten wir letzter Tage von einem gut monarchisch gesinnten hiesigen Deutschen, der sich in seinem patriotischen Borne ganz unparitätisch an uns gewandt.

Die beim Tode des alten Wilhelm, so arrangierte der aus beförderungs-lustigen deutschen Professoren, Bourgeoisöhnen, die sich hier handels- oder studienhalber aufhalten, Kaufleuten und sonstigen „patriotischen“ Spielbürgern bestehende „Deutscher Reichsverein“ in Zürich auch für Kaiser Friedrich eine Todtenfeier. Während aber bei Wilhelm's Todesfeier die Initiative von dem deutschen Konsul in Zürich, dem Kaufmann Deutscher in Döttingen, ausging, unterließ diesmal diese konsularische Initiative, und in seinem Rücken wandte sich deshalb der Vorstand des „Deutschen Reichsvereins“ nachträglich an den Konsul um seine gest. Mitwirkung. Herr Deutscher, der weniger wegen seiner Stillschaltung, als für seine Klugheit gerühmt wird, erwies sich auch in diesem Falle — sagen wir vorläufig ebenfalls — als ein sehr kluger Mann. Er hatte sich nach Bern an den gut bismarckisch „geschulten“ deutschen Gesandten in Bern, Herrn von Bülow, gewandt, wie er sich Friedrich's Todtenfeier gegenüber zu verhalten habe, und der Vertreter des verstorbenen deutschen Kaisers Friedrich soll dem deutschen Konsul in Zürich geantwortet haben: er solle seinerseits nichts zur Initiative dieser Feier thun.

Ueber die Deutlichkeit dieser Antwort aus dem Munde des deutschen Gesandten, die allem Anscheine nach an alle Konsulate der Schweiz ergangen ist, brauchen wir kein Wort zu verlieren. Wir wollen auch die Frage des Herrn Deutscher nicht nach dem Grade des „Männerstolzes“ untersuchen, den sie verrät — Männer von solcher Ueberzeugungstreue mit feinem Raden und geradem Worte wölbt die deutsche Regierung nicht zur Befriedigung ihrer Konsulats-„Würden“ — aber was muß das Volk sich denken von einem der höchsten Beamten des Kaisers, der einem ihm unterstellten Beamten abräth, irgend etwas zu thun, was die Feier zu fördern geeignet sei, die zu Ehren seines „allerhöchsten Herrn“ von Kaiser und reichstreuen Elementen arrangiert wird! Wahrlich, das „monarchische Gefühl“ wurde niemals mit mehr Erfolg „untergraben“ als durch die, von den Vertretern des monarchistischen Gebankens in der letzten Zeit inemittierten Dejen gegen den Kaiser Friedrich, die sich heute unter dem Schilde des Sohnes bis zum Ufer fortspinnen. Wem darüber die Augen nicht aufgehen, der muß ein Gesinnungs-Cunuch oder ein Dummkopf sein!

Wir unsererseits danken dem deutschen Gesandten in Bern für sein offenes Wort, mit dem er so Manchen den Staat des Sozialistenservilismus geflohen; vielleicht erinnert sich auch der Schweizer Bundesrath desselben, wenn der Herr von Bülow wieder einmal die Würde der Monarchie und die Interessen seines „allerhöchsten Herrn“ beim Bundesrath gegen die „Angriffe“ des „Sozialdemokrat“ auf dieselben, zu vertreten gezwungen ist.

Herrn Deutscher, der das deutsche Bürgerthum in sich verkörpert, brauchen wir nicht zu danken; bei ihm war diese — Klugheit vorauszusetzen!

Von der ungläublichen Verlogenheit der deutschen Nebl- und Kartellpresse kann man sich im Ausland keinen Begriff machen, weil kein anderes Land eine auch nur annähernde Korruption aufweisen hat. Da schreibt z. B. die rheinische Hauptpost:

„Angesichts der ersten Majestäts des Todes verstummte in Deutschland für einige Tage das Gerede der Parteien, Schwiegen die Sorgen der Patrioten, welche sich jurellens unumgänglich, niemals untopal äußern, und leise flüsternde zur Klage: „Wah! edler Geist wurde hier durch eine tödtliche, schleichende Krankheit zerstört!“ Der ritterliche Held, welchem der Tod eine Erlösung von langem Sterben war, wird im dankbaren Gedächtniß des Volkes fortleben, nicht als der fränke, summe Kaiser, sondern als jener Kronprinz, welcher der Dichtung des Menschengeschlechtes war, strotzend von Gesundheit und Lebensfülle des Geistes und des Körpers, als der lieb freundlichste Mann, dessen Lob alle Sprachen verkünden, als eine liebenswürdige Mannesnatur, in welcher das deutsche Volk sein eigenstes Wesen wiederzuerkennen glaubte. Die Geschichte wird vielleicht einwand vor dem Nächststehen, wie es kam, daß die kurze Regierung eines Fürsten, dessen auszeichnender Charakterzug eine unendliche Güte und Milde war, so viel Fader entseufte, so viele trübe Stunden mit sich brachte. Wir wissen, wie es kam, wir haben gesehen, wie eine politische Partei sich zwischen den Herrscher und sein Volk zu drängen und ein Reich um ihn zu streben suchte. Wäre es nach dem Willen dieser Partei ergangen, so hätte die Regierung der 99 Tage folgendermaßen mit einem gewaltigen Defizit belastet: „Als dann kam Ferdinand der Kaiser Friedrich III. auf den Thron, er entließ den Fürsten Bismarck, stürzte darnach das kaum gegründete Deutsche Reich in eine Reihe von schweren inneren und äußeren Krisen und verfiel!“ Gegen diesen Anschlag auf den geschichtlichen Nachruhm eines der edelsten deutschen Herrscher erhob sich stürmend die deutsche öffentliche Meinung, um einen Kaiser zu schützen, dessen eigene einst so herrliche Kraft durch Gleichmuth geschwächt war. Der ungemessenen, ja unerschütterlichen Gefahr begegnete man durch ungewöhnliche Mittel, welche im ersten Augenblick nicht in allen Kreisen, in denen man Nationalgefühl, Urtelskraft und politische Reife voraussetzen durfte, auf ein genügendes Verständniß trafen. Hoffen wir, daß niemals wieder ein falscher, verdrückter Idealismus den Versuch machen wird, die Noth des Vaterlandes in den Gemüthen einer Partei zu verankern. Die Zeit der beklagenswerthen Verwirrung und Verwirrung ist abgeschlossen; aber sie hat manches Gemüth offenbar werden lassen, sie hat den terroristischen Grundzug im Wesen der deutsch-freireiwilligen Partei in eine scharfe Beleuchtung gerückt, sie hat auch einen lehrreichen Einblick in die verhältnismäßige Stärke der verschiedenen politischen Strömungen gestattet. Der Deutschfreireiwillige, welcher die großen Kulturaufgaben des modernen Staates leugnet und mit dem Schlagwort vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte alle Mittel gelöst, alle Sorgen behoben glaubt, hat in den bessern bürgerlichen Kreisen immer mehr an Ansehen verloren. Aber in eben diesen Kreisen herrscht andererseits ein lebhafter Widerwille gegen alle Reaktionsversuche und eine sehr geringe Neigung, jenen patriotisch gesinnten, aber unendlich kurz-sichtigen Frömmern freie Hand zu lassen, welche alle sozialen Uebel heilen zu

können vermeinen, wenn man ihnen nur gestatte, die Quellen der Bildung und der Kultur zu verschütten. Gewiß hat das wahrnützige Populartreiben unverbauter und unfertiger Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung schon viel Uebel angerichtet; aber das ändert nichts an der Thatsache, daß wir mit den sozialen Missethätigkeiten, welche unferer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungseigenheiten sind, auf dem Boden dieser unserer Kultur fertig werden müssen.“

So das „Rheinische“ Oberhaupt, welches bei den verschiedenen „Kraftproben“ am wüthendsten sich geberdet, in der That gegen den „englischen Reiz“ und die „Engländerin“ immer voran war, und sein Möglichstes gethan hat, um den armen Friedrich noch vor der Zeit in die Grube zu bringen.

Die „Leipziger Zeitung“ — das sei noch erwähnt — druckt obigen Seguß vollständig ab und schreibt dazu:

„Den letzten Satz halten wir mit Verlaub für eine Phrase, bei der sich auch wohl die „Rheinische Zeitung“ nichts gedacht hat. Im Uebrigen sind wir einverstanden.“

Der „letzte Satz“, mit dem das amtliche Organ der schächlichen Regierung nicht einverstanden ist und den es für eine Phrase erklärt, besagt, daß man mit den sozialen Missethätigkeiten „auf dem Boden unserer Kultur“ fertig werden muß.

Die brave Leipzigerin will also den Boden der Kultur verlassen. Wir danken ihr für die Offenherzigkeit. An dem Willen haben wir niemals gezweifelt. Aber richtet der Polzeifeldzug gegen die Sozialdemokratie, d. h. gegen die Bewegung, welche die Beseitigung der sozialen Missethätigkeiten zum Zwecke hat, sich nicht gegen „unsere Kultur“, deren ureigenes Kind, und deren Vorkämpferin und Verteidigerin die Sozialdemokratie ist?

Sozialdemagogen pflegen die Sozialdemokraten von den deutschen Pressetiteln und mitunter auch direkt von deren Brotagern genannt zu werden. Auch hier wird die Wahrheit nach der bekannten Schablone auf den Kopf gestellt, und den Feinden des herrschenden Systems ein Vorwurf gemacht, der in Wirklichkeit den Vertretern dieses Systems gemacht werden muß. Ein Sozialdemagog ist ein Mensch, der die soziale Frage behandelt, nicht um sie endlich zu lösen, sondern um sie zu Parteizwecken oder zu sonstigen verwerflichen Zwecken auszunutzen. Dies trifft aber im vollen Maße auf den Fürsten Bismarck und dessen sogenannte sozialpolitische oder sozialreformatorische Thätigkeit zu. Als Fürst Bismarck — damals allerdings noch nicht Fürst — zu Anfang der 60er Jahre den Widerstand des fortschrittlichen Bürgerthums nicht zu überwinden vermochte, verließ er auf das Recept seines politischen Vorbildes, Napoleons des Kleinen, der die soziale Frage als Mittel zur Niederwerfung der französischen Bourgeoisie gebraucht hatte, und veränderte dem preussischen Landtag mit dem lateinischen Titul: Floctura si nequos superos, Acheronta movebo, sein sozialdemagogisches Programm, dem er bis auf den heutigen Tag treu geblieben: „Wenn ich die Götter der Oberwelt, das heißt das fortschrittliche Bürgerthum, nicht beugen kann, dann werde ich den Acheron, das heißt die Mächte der sozialen Unterwelt, das Proletariat, in Bewegung setzen.“

Die famose schlesische Weberdeputation wurde mit Hilfe Wagener's („von Dummerwitz“) inhenit, und das „königliche Versprechen“ ins Feld geführt, das sich 18 Jahre später in der — jetzt wieder aufgewärmten — kaiserlichen Botenschaft wiederholte.

Das deutsche Proletariat gab sich aber zu der reaktionären Rolle nicht her, die ihm von der Bismarck'schen Sozialdemagogie zugebacht war. Statt die Grundzüge der Demokratie zu opfern und der junkerlich-polizeilichen Reaktion zur Vernichtung bürgerlicher Freiheit behillich zu sein, begannen die deutschen Arbeiter auf dem Boden der Demokratie ihren Emanzipationskampf. Alle sozialdemagogischen Versuche, die deutsche Arbeiterbewegung für die Zwecke des reaktionären Junkerthums zu gewinnen, scheiterten an der Selbstbewußtheit und Prinzipienfestigkeit der Sozialdemokratie, welche die sozialdemagogischen Liebeswerbungen verachtungsvoll zurückwies. Wir wollen hier die Geschichte dieser unheimlichen Liebeswerbungen nicht erzählen. Unsere Leser wissen, wie Marx den Bismarck'schen Agenten Lothar Bucher abfertigte, und wie Bismarck das Anerbieten, in dem Bismarck'schen Zeitblatt, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Umsturzbestrebungen“ zu verfechten, beantwortete.

An ähnlichen Versuchen und Anerbietungen hat es auch in späterer Zeit nicht gefehlt. Vor einigen Tagen veröffentlichte das „Berliner Volksblatt“ einen Briefwechsel, aus welchem erhellt, daß im Jahr 1875, also drei Jahre vor Erlaß des Sozialistengesetzes, ein Führer der Agrarierpartei — Herr von Webemeyer — der deutschen Sozialdemokratie in optima forma ein Bündniß gegen die oppositionelle Bourgeoisie anbot, und natürlich zum Tempel hinausgemornt wurde.

Die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichstag waren daher vollkommen berechtigt, zu erklären — was sie bei der ersten Beratung des Sozialistengesetzes und bei späteren Beratungen desselben gethan haben — daß das Sozialistengesetz nicht erlassen worden wäre, wenn die deutsche Sozialdemokratie sich der Bismarck'schen Sozialdemagogie nicht hätte ergeben, und daß das Sozialistengesetz nur die Waffe für die korrekte, prinzipienfeste Haltung der deutschen Sozialdemokratie ist, welche nicht so ehrlos war, sich zu verkaufen.

Durch das Sozialistengesetz hoffte der Sozialdemagog Bismarck die deutsche Sozialdemokratie „mürbe zu machen“ und schließlich doch noch in das Fahrwasser des demagogischen Polizeisozialismus zu drängen.

Gleichzeitig mit dem Sozialistengesetz entstand die Judenhege. Der Reichstagspräsident Stöcker mit seiner sozialdemagogischen Norddeutschen sollte die herostratische Rolle übernehmen, für die das deutsche Proletariat nicht zu haben war.

Diese Seite des Antisemitismus ist noch nicht genügend hervorgehoben worden. Das agrarische Raubritterthum braucht eine Flagge, unter der es seine Raubzüge unternehmen kann, und einen Sündenbock, durch dessen Abschachtung es den Volkshaß von sich ablenkt. Die Flagge ist aus der sozialistischen Rüstkammer gezogen. Sie trägt die Inschrift: Kampf gegen das ausbeutende Kapital. Eine infame Lüge: denn das Agrarierthum ist selber die schamlose Form des ausbeutenden, plündernden Kapitalismus. Der Sündenbock sind die Juden, die durch ihren hundert-jährigen Unterdrückung entworfenen Liberalismus den Haß des rauen Raubritterthums auf sich geladen haben, und gegen die es nun die gemeinsten Instinkte und Leidenschaften der Habgucht und des Hasses und Religionshasses zu ermeden bemüht ist.

Durch die Flagge des Antisemitismus wollten die sozialdemagogischen Raubritter ihre eigene kapitalistische Rauberei verdecken.

Es ist nicht gelungen. Auch dieses Spiel ist den sauberen Patronen durch das deutsche Proletariat verdothen worden, das gleich zu Anfang der Judenhege sein Beto einlegte, und ein weiteres Umsichgreifen der „schmachtvollen „Bewegung“ nachdrücklich hinderte.

Jedenfalls ist der Antisemitismus Sozialdemagogie der schlimmsten Sorte; und es ist ergötzlich zu sehen, wie sich in ihm das moderne Raubritterthum in der Person der Bismarck und Konforten, mit dem Auswurf des Pfaffenstums in Person des Stöcker und Konforten, und mit dem jüdischen Millionenpijuben-thum in der Person des Bismarck'schen Raubritterthums zu einem würdigen Brüderbund vereinigt haben.

Genug — die deutsche Sozialdemokratie hat der Bismarck'schen Raubritterthum'schen Sozialdemagogie den Krieg auf Leben und Tod erklärt; sie hat dem Bündniß dargereichte Hand mit Ubel zurückgeschoben — sie hat dem Sozialistengesetz Regrecht getracht — und sie wird den Kampf nicht eher einstellen, als bis Deutschland und die Welt von dieser unheilvollen und verbrecherischen Sozialdemagogie auf immer befreit sind.

Des neuen Kaisers Günstlinge. Wir lesen in der „New-Yorker Volkszeitung“:

„Bei Gelegenheit der Thronbesteigung Wilhelms II. wurde besonders hervorgehoben, daß er ein intimer Freund des älteren Sohnes Bismarck's, des Grafen Herbert Bismarck sei. Es wird also interessant sein, die Charakteristika kennen zu lernen, welche derselbe „Graf

Paul Basil“, der sich als ein so warmer Verehrer des jetzigen Kaisers erwiesen hat, dem Grafen Herbert Bismarck hat angedeihen lassen.

„Graf Herbert Bismarck“ — schreibt jener scharfe Beobachter — „hat viel durch seine skandalösen Beziehungen zu einer durch ihre Schönheit berühmten Dame der Berliner großen Welt von sich reden gemacht. Er hat in dieser traurigen Geschichte eine labenswerthe Rolle gespielt, hat sich in ihr ebenso selbst-süchtig, wie grausam und schwach gezeigt. Er ist ein sehr eitles, sehr mit seiner eigenen Person beschäftigter Mensch, der im höchsten Grade auf seine Eigenschaft als Sohn des Reichskanzlers ein-gelassen und im Uebrigen, wie es fast immer mit den Söhnen großer Männer der Fall zu sein pflegt, ebenso unbedeutend, wie sein Vater ungenügend ist.“

Und dieser Mann ist der intimste Freund und vertrauteste Berater Kaiser Wilhelms II. —

„Hungerlöhne“ — „reichliche Löhne“. Unsere Leser werden in der Tagespresse den Verlauf des Verleumdungsprozesses verfolgt haben, den unser Genosse Singer gegen den antisemitisch-reaktionären Stadtverordneten Dopp und den Redakteur der Berliner „Staatsbürgerzeitung“, Bähler, geführt hat und der mit einer Verurteilung der genannten Herren zu mehreren hundert Mark Geldstrafe geadet hat. Der Versuch, Singer als einen herzlosen Ausbeuter hinzu-stellen, der ganz besonders darauf aus sei, der gemeinen, durch systematischen Herabdrücken der Löhne Reichthümer zusammenzuschüttern, miß-lung schließlich. Es zeigte sich, daß die Firma Singer durchaus keine schlechteren Preise zahlt als ihre Konkurrenten, und den Aussagen der Innungsmeister, die Singer als Sozialdemokraten und Anwalt der Arbeiter noch mehr haßen denn als Juden und Großkaufmann, standen die Aussagen anderer Meister und von Arbeitern gegenüber, die nur Günstiges von der Firma auszusagen wußten. Ja, sogar ein Innungsmeister, Schmid, mußte der Wahrheit die Ehre geben und zugeben, daß die Firma Singer nicht zu denen gehöre, welche die Preise brücken.

Indes — verleumde klug, es bleibt doch immer etwas hängen. Seit jenem Prozeß reitet die gesammte Kartellpresse, das heißt gerade die Organe des Erz-Kaufmännentums in Stadt und Land, auf den „jüdischen Hungerlöhnen“ der Firma Singer herum. Der „Klabberbasch“, dessen Miß so traurig, und dessen Genuß so lächerlich, und der sonst die Arbeiter nie anders als mit wahrhaft bestialischem Physiognomien abbildet, triefte förmlich von Mitleid mit den armen Arbeiterinnen und von Haß gegen die Firma „Sampyr und Kompagnie“, die von der Arbeiterinnen Markt und Blut sich nähre, wobei das würdige Blatt leider hinzuusügen vergaß, woher der Reichthum der Firma Hofmann und Kompagnie stammt. Kein-licher „Vergeltlichkeiten“ magten sich andere Kartellblätter schuldig. Sie bekämpften von den „Hungerlöhnen“ der Firma Singer und übersehen, daß ihre eigenen Patrone Löhne zahlen, die nicht entfernt an die der Firma Singer herantreiben. Es war oder es ist, denn der Spud dauert noch fort, eine wahre Orgie des Pharisaerthums.

Die Grundlage all der Deklamationen und Exklamationen bilden, wie wir oben gezeigt haben, die Aussagen der Herren Innungsmeister, insbesondere des Obermeisters Kurth, vor Gericht. Nun, Ende vorigen Monats fand in Berlin eine von der Damen-Mantelknecht-Innung einberufene „Versammlung der Damen-Schneider“ Berlins statt, in welcher die Herren Meister ihre speziellen Interessen besprachen, und in dieser Versammlung erklärte derselbe Obermeister Kurth (wir zitieren nach dem 2-Bericht der „Berliner Volkszeitung“):

„Man habe damals (vor zwei Jahren, während der Arbeiterinnen-Bewegung) in diesen Versammlungen gesagt, die Arbeiterinnen verdienten wahre Hungerlöhne, aber dieselben Wortführerinnen hätten in der Gerichtsverhandlung Singer-Bähler wieder konstatirt, daß sie bei zehnständiger Arbeitszeit 12—15 M. pro Woche verdienten. Von Hungerlöhnen bei den Arbeiterinnen könne man demnach nicht mehr sprechen und müsse sich darauf beschränken, zu unterrichten, wie es mit den Löhnen der Meister stehe.“

Deutlicher kann man gar nicht zeigen, wie viel die von den Herren vor Gericht zur Schau getragene Entrüstung werth war. Dort jammernten sie über den Druck auf die armen Arbeiterinnen, und hier erklärten sie unerbittlich, daß die Arbeiterinnen gar keinen Grund zur Klage haben, es handle sich nur darum, ihnen, den armen Meistern, zu helfen. Dort warf man dem Wort „Hungerlöhne“ nur so um sich, hier erklärte man, von Hungerlöhnen könne gar keine Rede sein.

Hier war man eben nicht zu dem Zweck vertreten, einen politischen Gegner zu verächtigen, sondern um über die Wahrung der eigenen Interessen zu verhandeln. Und da diese Interessen mit denen der Arbeiterinnen nichts gemein haben, so legte man die Waage der uneigennütigen Anwaltlichkeit für die Interessen der Arbeiterinnen, nachdem sie vor Gericht ihre Schuldigkeit gethan, (Schneidniß wieder ab, mit der Erklärung, die Arbeiterinnen brauchen überhaupt keinen Anwalt, es geht ihnen ganz vortrefflich).

„Von Hungerlöhnen keine Rede“ — da zeigt sich der Meister-Egoismus in seiner ganzen Niedrigkeit. Und diese Leute wollen Andere als Ausbeuter denunzieren, auf dieser Leute Zeugniß hin ward der Versuch gemacht, einen Vorkämpfer der Bekämpfung der Arbeiterklasse in einen Bedrücker derselben umzu-stempeln!

Und diese zweijährigen Gefellen prahlen mit ihrem Christenthum, mit ihrer Biederkeit und Wahrheitsliebe, und zetern über die Sittenverbesserung der gottlosen Arbeiter! Sie mögen nur erst einmal bei sich ein-lehren.

Seute nennt man's Hungerlöhne, morgen reichliches Auskommen — in dieser Zusammenstellung kennzeichnet sich die ganze Verlogenheit der Herren und ihrer Patrone.

Dem Puttkamer in Selbstperson sieht die Anstands-pause entgegen, die vom Tode seines Vortages an mindestens drei Monate dauern muß, also bis Mitte September — einzuweisen genügt als Stellvertreter der Ober-Puttkamerling, der Chef des Puttkamer'schen Ressorts, der Vorsitzende der Reichsregal-Kommission, Herr Herrfurth, seit Jahren Unterstaatssekretär im Ministerium des Inneren und ständiger Berichtiger Puttkamer'scher Thaten und Werke. Dieser Herrfurth, der als Unterstaatssekretär nie ein Nein! hatte für irgend eine schmutzige Ordre des „Chefs“, der mit der „Pflichttreue“ eines Jhring-Raspion und Rapora jahrelang die zwei Branchen des Puttkamer'schen Geschäfts: Organisation der Spielerei und Organisation der Wahlmasche bejogt hat — er ist vom pflichttreuen Sohn an die Stelle des vom Vater mit einem Fußtritt entfernten Puttkamer gestellt worden. Und kurios ist, wie die Parteipresse sich zu dieser Ernennung verhält. Die Puttkamer- und Stöcker-Organen sind natürlich „hochbefriedigt“, launere Gesichter schneiden die Herren Nationalliberalen, welche die — allerdings nur ihnen — bekannte „Selbstverleumdung“ abgelegt, und „ihren Riquel“ bereits im Geiste zum Polizeiminister ernannt hatten. Ganz verduht aber sind die Herren Fortschrittler. „Die Ernennung kommt völlig unerwartet.“ „An Herrn Herrfurth hatte Niemand gedacht.“ Indes ein wiederer Fortschrittler weiß sich immer zu helfen und aus dem trostlosesten Stoff mit Bienenfließ Trost zu saugen: „Herr Herrfurth ist kein Parteimann. Er that bloß die Arbeit des Herrn v. Puttkamer. Jetzt, da er sein eigner Herr ist, wird er voraussichtlich rein bureaukratisch und parteilos sein.“ O heilige Einfalt der Tante Hof! Eine bureaukratische Maschine ist Herr Herrfurth allerdings. Aber eine Maschine wird niemals selbständig. Sie hat keinen Gedanken und hat keinen Willen. Sie ist nichts — ein todtler Aisch ohne den leitenden Raschtniß. Und der Raschtniß ist da. Es ist derselbe wie früher. Der Untermaschinenist heißt Buitz, und der Obermaschinenist heißt Kangler Eisenstirn.

Kurz, es bleibt Alles beim Alten. Nur, daß der Puttkamer auf dreihalb Monate einen Stellvertreter hat. Mitte September kehrt er mit der „unnaahmlichen Pose“ in die gewöhnlichen Räume zurück. Es ist dann gerade noch Zeit für die preussischen Landtagswahlen und für die entscheidenden Vorbereitungen zum neuen „verschärften“ Sozialistengesetz. Wir sagen: die entscheidenden. Die letzten Instruktionen an die Landräthe, an die Haupt- und die Schröder-Vorbereitete wird schon jetzt Kamenisch für das „verschärfte“ Sozialistengesetz. Die Kamenisch'schen Schwirren nur so durch die Luft. Und der neue „alte Preis“ wird von der Krüger'schen Bismarck-Polizei mit so alarmirenden Siderheitsmaßregeln umringt, daß er in seiner Angst zu den tollsten Ausgebirten des staatsmännischen Polizeiverstands Ja und Amen sagen wird.

Kurz — wir sind bereits mitten in den Vorbereitungen drin.

Und damit neben dem Hohen Gespenst auch das Kriegs-Gespenst nicht fehle, kündigt die „Norddeutsche Allgemeine“ ver-schärfte Grenzschranken gegen Frankreich, oder richtiger gegen Elsaß-Lothringen an, und laßt über die „sentimentalen“ Schwächlinge, die sich einbilden könnten, „wir“ hätten Lust, uns die Empfinden der „Reichslande“ zu erwerben, die wir nur aus mili-tärischen Gründen, um einen Schutzwall für uns zu gewinnen, den Franzosen abgenommen hätten. Und gewissermaßen als praktische Illu-stration dieses Hechtens der „Norddeutschen“ haben die juristischen Hausknechte des Ehrenfürsten einen neuen Landesvertrags-Prozess in Szene setzen müssen, der mit besterem Verstand im hellsten Licht demonstrativer Deffentlichkeit sich zeigt, unter Tessenborn's ap-probrierter Leitung, vor den Schranken des Leipziger Reichs-gerichts abspielt.

Was der Polizei alles passieren kann. Unter dieser Ueber-schrift lesen wir in Herrn Julius's: „Der Werkmeister der Firma G. K. Kresprung, Herr Julius Säter jun. in Barmen, veröffentlicht folgendes: „Im Gerichte zu widerlegen, welche in Folge meiner vor einigen Monaten erfolgten Verhaftung entstanden sind, hinsichtlich um zu zeigen, wie leicht es selbst dem Unschuldigen geschehen kann, durch einen Irrthum der Polizei verhaftet und damit auf's Empfindlichste getroffen zu werden, gestatte ich mir, das Folgende zu veröffentlichen: Am 3. April, Vormittags, wurde ich auf den Verdacht hin, daß ich einer geheimen sozialistischen Verbindung angehöre, Haus-suchung in meiner Wohnung gehalten. Dieselbe war selbstverständlich durchaus erfolglos, da ich mich nie um die Sozial-demokratie oder deren Bestrebungen gekümmert, nie eine sozialdemokratische Schrift gehalten oder einen Beitrag für ver-antwortliche gegeben habe. Trotzdem wurde ich am Abend desselben Tages verhaftet und mußte die beiden darauf folgenden Nächte, sowie den darauffolgenden Tag im Gefängnis verbringen, aus dem ich erst am dritten Tage infolge der von meinem Prinzipale eingeleiteten Schritte wenigstens vorläufig entlassen wurde. Keine Bemühungen waren seitdem dahin gerichtet, Erklärungen über die Sache zu erhalten. Von der Staatsanwaltschaft in Elberfeld wurde mir auf eine bezügliche Eingabe hin nach Wochen der kurze Bescheid, meine Beschwerde erledige sich durch die inzwischen erfolgte Rückgabe der Kaution! Daraufhin wandte ich mich an Sr. Exzellenz den Herrn Justizminister und erhielt vor einigen Tagen von ihm aus die folgende, vom 18. Juni datirte und von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts, Herrn Dr. Straußmann, sowie dem Oberstaats-anwalt Herrn Hamm unterzeichnete Zustimmung: „Auf Ihr Gesuch an den königlichen Herrn Justizminister vom 25. Mai d. J., welches von dem Herrn Minister uns zur Prüfung und weiteren Veranlassung zu-geleitet worden ist, eröffnen wir Ihnen nach vorgemerkter Prüfung, daß Sie bei dem dortigen königlichen Landgerichte auf Grund polizei-licher Ermittlungen als des Verbrechens gegen § 128 Str.-G.-B. verdingend verächtlich zur gerichtlichen Untersuchung und Haft gezogen worden sind, daß sich aber hinter diese Ermittlungen als durchaus irrig und auf einer bedauerlichen Verwechslung Ihrer Person mit einer anderen Person gleichem Namen beruhend ergeben haben.“

Sehr richtig bemerkt dazu die Berliner „Volkshelmut“: „In diesem Schreiben wird dem durch diese „bekehrliche Ver-wechslung“ Geschädigten nicht mitgeteilt, was nun mit denen ge-schehen ist, welche diese Verwechslung begangen haben. In einem Rechtsstaate müßten die Polizeibeamten, welche derartige Ermitt-lungen anstellen, eine strenge Bestrafung zu gewärtigen haben, müßte es dem Geschädigten gestattet sein, die für solche Er-mittelungen verantwortlichen Personen selbst vor Gericht zu ziehen, müßten auch Staatsanwaltschaft und Gericht verpflichtet sein, dem un-schuldig Verhafteten volle Aufklärung über den Irrthum, durch den er seiner Freiheit beraubt worden ist, zu Theil werden zu lassen, und zwar ohne einen gesonderten Antrag abzuwarten, und in Preußen —?“

In Preußen erhalten die betreffenden Polizeibeamten zur Be-lehrung für ihre „Pflichttreue“ eine eklantante Genugthuung.

Naivetät oder — Schlämmer? Liberale deutsche Blätter lesen aus dem Satz der Thronrede Wilhelm's II.:

„Ich werde es jederzeit als eine Pflicht erachten, allen religiösen Bekenntnissen in meinem Lande bei der freien Ausübung ihres Glaubens meinen königlichen Schutz angedeihen zu lassen.“

eine Abgabe an den Antisemitismus heraus. Das heißt denn aber doch die Naivetät oder richtiger den Schein der Naivetät zu weit getrieben, und die Antisemitenblätter haben nur Recht, wenn sie sich darüber lustig machen. Jedermann weiß, daß der Antisemitismus mit der Religion gar nichts zu thun hat, er ist eine reine Brodfrage, oder vielmehr besser ausgedrückt, eine Brodneidfrage und zwar eine Brodneidfrage der Privilegirten. Es handelt sich um das Privilegium der Anwartschaft auf alle höheren Berufe, auf die Lehrstühle an Gym-nasien und Universitäten, auf die höheren Stellen in den richterlichen und Verwaltungsbehörden, auf alle Ämter in der Armee vom Offizier auswärts u. s. w., das der Christlich-Germene, oder was sich so nennt, für sich beansprucht, nicht aber darum, ob Jhig zu Jesova beten darf. Sehr bezeichnend für den Ruf, der Wilhelm II. als Kronprinz sich zu er-weben gedenkt, ist, daß man sogar die Proklamirung der allerprimatösen religiösen Toleranz als etwas ganz Ueberraschendes von seiner Seite erklärt, aber wir sind, trotz 25 Jahren Bismarck, denn doch noch nicht soweit über die „Erb-schaften der französischen Revolution“ hinaus, daß sich eine Religionsverfassung nach altem Kaiser insinieren ließe. Die Forderung der Religionsbekenntnisse ist heutzutage eine leere Phrase, die zu gar nichts verpflichtet, die den größten Ungerechtigkeiten und Ungleich-heiten freien Spielraum läßt. Man frage nur heute in der Armee und bei den Behörden an, ob irgend ein Beamter es wagen darf, seiner religiösen Ueberzeugung „freien Ausdruck“ zu geben, wenn sie im Wider-spruch steht mit der positiv rechtlichen Richtung, d. h. mit der Ortho-doxie. Welche dem, der es wagen wollte, aus der Hand zu nehmen, oder auch nur seine Kinder nicht taufen zu lassen! Seine Laufbahn wäre unrettbar abgeschnitten. Und bildet man sich ein, daß Wil-helm II. das Geringsste an der „Allen Vorrecht“ ändern wird, daß der Jude sich mindestens taufen lassen muß, wenn er in der Verwaltung u. s. w. geduldet sein will? Schwerlich, wenn er etwas in dieser Beziehung ändert, so höchstens im Sinne des wahren Antisemitismus.

Es ist also mehr wie naiv, das der obigen absolut nichtsagenden Phrase eine Abgabe an die Stücker, Liebermann und Konforten herauszu-beuten. Damit betrügt man nur die Masse und verhindert sie, ent-schiedene Stellung zu nehmen.

Ein weniger böhartiges aber nicht minder charak-teristisches Polizeirückkäse entnehmen wir ebenfalls der „Berliner Volkszeitung“. Das fortschrittliche Blatt veröffentlicht folgende Zuschrift:

„In Breslau bei Stettin streifen seit einiger Zeit die Wer-ker der Arbeiter des „Bullau“. Im Laufe der vorigen Woche hatten auf Anregung des Antisemitischen von Breslau mündliche Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses, Kommerzienrat Dr. Cieselski, zwei Direktoren und einem Ober-Ingenieur des „Bullau“ erfol-gt, und vier Mitgliedern der Lohnkommission der Arbeiter anderer-seits, stattgefunden, über welche in einer am 30. v. M. abgehaltenen Versammlung der Erwerbenden berichtet wurde. Die Vertreter des „Bullau“ hatten erklärt, eine Lohn-schätzung nicht bewilligen zu können, denn eine der Direktoren durchschmitt 21—22 Pf., ein Eisenarbeiter 29 1/2—31 Pf., ein Arbeiter 29 1/2—29 Pf., ein Spinnarbeiter und Handlanger 22—23 Pf. pro Stunde (was für Spinnarbeiter? Dabei müßten die Arbeiter ein wahres Schlemmerleben führen. Neb. des „Soj.“ verdient habe. Die von etwa 600 Arbeitern beschickte Ver-sammlung beschloß einstimmig, im Streit zu verharren. Ein Zwischenfall in der Versammlung bewies, vorausgesetzt, daß der uns vorliegende Bericht der „Volkshelmut“ genau ist, wieder einmal die seltsame Auffassung seiner Rechte und Pflichten seitens eines Polizei-beamten. Ein Redner behauptete, Kommerzienrat Delbrück habe zu vielen Verhandlungen gehört, ein Lohnsatz von 18 Pf. sei noch viel zu wenig, es genüge ein solcher von 26 Pf. Der in die Versammlung entsandte Polizeikommissar erklärte nach dem Berichte, diese Behauptung für unmaß und forderte die Lohnkommission auf, dieselbe zu wider-

rufen, da er andernfalls sofort die Versammlung schließen werde.“ Wenn der Kommissar in diesem Sinne gesprochen hat, so hat er sich nicht innerhalb der Grenze seiner Befugnisse gehalten. Er hat sich nicht in die Debatte zu mischen und ist nicht deshalb in die Versammlung gesandt, um abwesende Personen gegen etwaige unrichtige Behauptungen in Schutz zu nehmen, sondern nur, um darauf zu achten, daß in der Versammlung keine Personen gegen das Gesetz vorkommen. In der Drohung, die Versammlung „schließen“ oder richtiger „auflösen“ zu wollen, war er nicht berechtigt, selbst wenn, wie nachher ein Mitglied der Lohnkommission erklärte, Herr Delbrück nicht im Sinne, in welchem sie wiedergegeben, die Kreuzerung geübt hatte.“

Nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes allerdings. Aber was braucht sich ein Polizeikommissar um das Gesetz zu kümmern? In Preußen ist die Polizei das Gesetz, jeder einzelne Polizist bestimmt, was erlaubt ist und was nicht, und was das nicht anerkennt, der marschirt wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt in's Loch.

Natürlich wäre es dem hieheren pommerischen Polizeier nicht ein-gesallen, für einen Abwesenden einzutreten, wenn es nicht gerade der „Echeime Kommerzienrat“ gewesen wäre. Dieser rührende Eifer um die Ehre und den guten Ruf des Selbstmagaten zeigt auf den Deutlichste, wie im gegebenen Falle diesem gegenüber „Gleichzeit vor dem Gesetz“ gehandhabt werden würde. Vor dem Gesetz herrscht „Gleich-heit“, aber vor den „Hütern des Gesetzes“ herrscht der Geldbeutel.

Die Ueberschrift und der Inhalt. Eine anerkennenswerthe Leistung aus dem Gebiete der höheren Rechtsveränderung hat kürzlich das Landgericht Hagenover verübt. Der Kommerzienrat Freudenthal war angeklagt, durch Verbreitung einer ver-botenen sozialdemokratischen Druckschrift sich eines Verbrechens gegen das Sozialistengesetz schuldig gemacht zu haben. Es handelte sich um die Broschüre: „Die Belagerungszustände vor dem Reichstag“, die lediglich den stenographischen Bericht über die Reichs-tagverhandlungen vom 18. April 1887 enthält. „Es wurde“, heißt es im Bericht über den Prozeß, „dargethan, daß die Druckschrift eine durch die königliche Regierung zu Erfurt auf Grund des Sozialistengesetzes verbotene sei. Dem gegenüber wies der Verteidiger (H. K. Lenzberg) darauf hin, daß gemäß Artikel 22 der deutschen Reichs-verfassung das Verbot unzulässig sei, da die Druckschrift ledig-lich einen wahrheitsgetreuen Bericht über Verhandlungen des Reichstags enthalte und solche gemäß dem jüdischen Artikel der Ver-fassung von jeder Verantwortlichkeit frei bleiben müßten. Das Gericht war zwar mit der Verteidigung der Ansicht, daß die dem Art. 22 ent-sprechenden Berichte auf Grund des Sozialistengesetzes nicht verboten werden könnten; erklärte aber, daß die weiter angelegte Frage, ob auch eine widerrechtlich durch die Regierung verbotene Druckschrift als ver-botene Druckschrift im Sinne des § 19 des Sozialistengesetzes anzusehen sei, im vorliegenden Falle dahingestellt bleiben könne. Die Druckschrift sei nämlich nicht ausschließlich ein wahrheitsgetreuer Bericht über die betreffenden Reichstagsverhandlungen, da — und nun kommt die großartige Einbeziehung — dieselbe eine Ueberschrift: „Die Belagerungszustände vor dem Reichstag“ trage, welche jedenfalls nicht zu dem Bericht über die Verhandlungen gehöre. Die Regierung könne (!) gerade hierin die Merkmale des § 11 des Sozialistengesetzes gefunden haben und ob das mit Recht oder Unrecht geschehen, entziehe sich der Nachprüfung des Gerichts.“

Sprachen's, und verurtheilten den Arbeiter wegen des Verbrechens der Verbreitung eines wahrheitsgetreuen Reichstagsberichts zu vier-zehn Tagen Gefängnis.

Man muß das wirklich lesen, um es zu glauben. Nach der Reichs-verfassung dürfen wahrheitsgetreue Berichte über Reichstagsverhandlungen nicht verboten werden, und doch nimmt sich eine Polizeibehörde heraus, einen solchen Bericht zu verbieten, und ein Richterkollegium findet sich, das Verbot zu rechtfertigen, weil die Ueberschrift nicht zu dem Bericht gehöre. Es war die Nachtigall und nicht die Lerche. Nicht der Inhalt, die Ueberschrift macht die Schrift gesetzwidrig. In der furchtbar revolutionären Ueberschrift: „Die Belagerungszustände vor dem Reichstag“ kann die Regierung „die Merk-male des § 11 des Sozialistengesetzes gefunden haben“, nämlich „sozial-istische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschafts-ordnung gerichtete Bestrebungen“. Die sachliche, trockene Angabe des Inhalts ist der Umsturz.

Besser kann das Schandgesetz und die Rechtskorruption, die es gezeitigt, gar nicht gekennzeichnet werden, als durch Konstatirung dieser Thatsache: Verboten, weil der Titel lautet: Die Belagerungszustände vor dem Reichstage.

Dr. Leopold Jakoby, unsern Lesern durch seine Gebichte und verschiedene wissenschaftliche Arbeiten wohlbekannt, spricht sich in einem, an die „San Franciscoer Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Schreiben über die Arbeiterbewegung im Allgemeinen aus:

„Wenn ich für die Zukunft einen Rath aussprechen darf, der sich auf Erfahrungen in Deutschland und auf sorgfältige naturwissenschaftliche Beobachtungen stützt, so möchte ich dringend davor warnen, das Blatt etwa, wenn es günstig weiter geht, alsbald zu einem täglich en Arbeiterblatt umzugestalten. Ein Arbeiterblatt, welches nicht ein täg-licher Neugierblätter — es muß ja auch solche geben — sondern ein Lehrer des werktätigen Volkes sein will, sollte mit Zeitartikeln nicht öfter als zweimal wöchentlich (höchstens ausnahmsweise dreimal wöchent-lich) erscheinen. Nur dann bleibt den Herausgebern und Redakteuren Zeit, diebesten Artikel zu verfassen und den Text mit Bewußtsein so zusammenzustellen, daß er die höchste Wirkung auslöst. Auch dann vor Allem bleibt dem Leser Zeit, das Gelesene zu verdauen, darüber nach-zudenken, es zu beurtheilen, es mit anderen zu besprechen, mit einem Worte, selbst zu denken.“

„Ein wahres Arbeiterblatt soll eben seine Denkmäler sein, welche den Lesern das Denken erspart; dies ist thätiglich der Fall bei den meisten kapitalistisch hergestellten Zeitungsblättern, daher der Stumpfsinn in so weiten, auch den Intelligenzen (geriebentenen) Bourgeoisfreieren; sondern es soll ein in Wohlgehorntäumen, die nicht unmittelbar auf einander folgen dürfen, wiederholter Knippen und Antriebs sein, selbst zu urtheilen, selbst zu erkennen. Zeit haben zum Denken ist das große Bedürfnis unserer Lage und eine Hauptbedingung für die kommende neue Zeit, und dieser Rhythmus und diese Lebensbedingung wird durch die Hez-jagd nach dem Dollar mit tausend Mitteln fortwährend erfüllt und zu Boden getreten.“

„Es sind dies zum Theil neue Gedanken, die ich vielleicht einmal in einer besonderen Schrift zusammenzufassen gedenke; zum anderen Theil sind sie zuerst ausgesprochen in einer bekannten, hoch bedeutsamen Rede von Lassalle.“

„So p. B. wirkt gegenwärtig — noch dazu in seiner geheimen Ver-breitung — der „Sozialdemokrat“, der nur einmal wöchentlich erscheint und den meisten Arbeitern in Zwischenräumen von vielleicht 10 Tagen zu-geht, mit einer Kraft, deren Folgen sich erst in der Zukunft heraus-stellen werden. Das Blatt wird nicht nur gelesen, sondern studirt, d. h. durch wiederholtes Lesen geistig aufgenommen, sojann vorgelesen und besprochen, mit Anderen die Meinung über bestimmte Mittheilungen ausgetauscht. Die ca. 12,000 Exemplare, welche nach Deutschland gehen und die sehr wohl 60,000 Leser vorfinden, haben so die Bedeutung einer Zusammenfassung von aufmerksamen Gedanken, einer Verdichtung von Thatsachen, die die Arbeiter angehen, auf den engsten Raum, und in den Ergebnissen dieser Erziehung sehen wir wieder einmal glänzend die Blindheit der herrschenden Klassen an den Tag kommen, welche durch Gewaltmaßregeln gerade Dasjenige erzwingen, was sie um Alles in der Welt zu verhindern bestrebt sind.“

„Rathet und Kaiser-Verleihen sehen“ — so deklamirt Hans Roff, päpstlich in einer der letzten Nummern seines Blattes. Darauf antwortet ihm das „Philadelphia Tageblatt“ mit treffendem Sarkasmus:

„Zwischen den Bületts nach Hamburg locht „bei die Dose“, und die Reise über den kühlen Ocean ist gerade jetzt, „bei die Dose“, sehr ange-nehm. Nichts steht Herrn Roff im Wege, einen, zwei oder gleich alle drei Kaiser-Europas in's Reich zu verwandeln. Also man zu: Das ewige Deklamiren wirkt „entwässernd“ auf die „Revolutionsäre“, wie Dantes oft genug selbst verächtet.“

„Natürlich wird Hans Roff das Zwischenbület nicht lesen. Er und seine Ritschreier werden sich nach wie vor darauf beschränken, zum Vortheil des internationalen Spitzelthums Attentate zu — proklamiren. Und daß sie dem Worte die That nicht folgen lassen, ist unter den ob-

waltenden Umständen eigentlich ein Verdienst, wenn auch ein negatives. Selbst wenn wir die Attentatstaktik im Prinzip billigen, würden wir sie Wilhelm II. gegenüber unbedingt verwerfen. Der ist gerade für uns, für die Sache der Sozialdemokratie, von unerschütterbarem Werth. Er wird nichts unterlassen, was geeignet ist, in Deutschland Propaganda für die — Republik zu machen. Es ist in unserer Zeit des systematisch organisierten Diktatorismus nichts leichter für einen Fürsten, als die Herzen der Philister zu erobern. Wilhelm II. aber hat es verstanden, im Handumdrehen selbst die Jähmüthen der Jähmüthen gegen sich aufzubringen. Das rücksichtslos-brutale Verhalten gegenüber seinem sterbenden Vater, die rothgemeinen Angriffe gegen seine Mutter haben, außer im Kreise der Junker und Ruder, überall Entsetzen erregt, und die bisherige Regierungssache des zweiten Entschlusses haben dies Gefühl in keiner Weise abgeschwächt. Die Gemeinplätze der Thronrede ver-raihen nichts als den absoluten Rangel an eigenen Ideen und das völlige Abhandeln eines Verhältnisses für die eigenen Bedürfnisse der Reue-zeit. Er wird die Geduldrigen, die sich bisher immer wieder trösten ließen, zu Ungeduldrigen, zu Unzufriedenen machen, und uns so in der wirksamsten Weise vorarbeiten. Durch und durch reaktionär, ohne die romantischen Schwärmerie seines Großvaters, wird er noch viel mehr als dieser sich nichtig machen für die Sache der — Revolution.“

— Zur teufel-patriotischen Hirnerweichung. Raschlebende „poetische“ Leistung des berühmten Halle'schen Latein-Danswurfs (oder eines Verwandten) macht jetzt die Kunde durch die gesammte natio-nale Presse von Pustkammer:

Bismard Heil!
Wohle: Deutschland, Deutschland über Alles.

Bismard Heil! Dem einzig Einem,
Unser Volkes treu'nem Mann,
Ihm, der heldenhaften Geistes
Kaiser uns und Reich gewann.
Von den Alpen bis zum Meere
Brausend stimmt den Hochruf an:
Bismard Heil! Dem einzig Einem,
Unser Volkes treu'nem Mann.

Deutscher Glaube, deutsche Treue,
Deutscher Muth in jeder Zeit,
Deutscher Frohsinn, Zuht und Sitte,
Deutsche Kraft und Biederkeit —
Alle guten Gaben seien
Reich und Kaiser nur gemeint:
Deutscher Glaube, deutsche Treue,
Deutscher Muth in jeder Zeit.

Der mit Gott und Kaiser Wilhelm
Enblich uns zum Reich verband,
Leb' in deutschen Herzen ewig!
Schwört es laut mit Herz und Hand.
Das sei unser Ziel und Streben,
Dem auch Er sich fest bekam:
Deutschland, Deutschland über Alles,
Bismard's — unser Vaterland!

Eugen Schwetschke.
Der „Einzig-Eine“, der Deutschland zum preussischen Nationalstaats-haus gemacht, der deutsche Kreuzer das Spitzelthum, die Räteberei, die Denunziantenleuchte in's Land gebracht, mit „deutschem Frohsinn“ Mil-lionen deutscher Bürger rechtlos gemacht, Tausende in's Gefängnis und in die Verbannung gerichtet hat, und mit „deutschem Muth“ nicht aus-geht, ohne von ein paar Duzend Geheimpolizisten beschützt zu sein — Er ist wahrhaftig seines Leidposten werth — er hat den Schwetschke verdient.

Die Druckschleifer Teufel hat in letzter Nummer von einem „idyllischen“ Boden der Arbeiterverbrüderung und des internatio-nalen Emanzipationskampfes zu meiden gewußt. Eine sonderbare Idylle, werden unsere Leser sich gedacht haben, diese „Idylle der Arbeiter-verbrüderung und des internationalen Emanzipationskampfes“, die sel-ten der Arbeiter so viele schwere Opfer an Freiheit und Eizenz erfordert, und von Seite der Regierungen verschiedenster Couleur mit so rücksichtsloser Brutalität zu zerören gesucht wird. Natürlich sollte statt des „idyllischen“ Standpunktes der „ideologische“ in Gegenseitigkeit gebracht werden zum „praktischen Boden“ (des Bettens und des Eingehalten- und Berührtwerdens), den Herr Bundesrath Deucher von den Arbeitern betreten sehen möchte. Wäre dieser „ideologische“ Standpunkt, den die Massenbewegten Arbeiter heute einnehmen, wirklich idyllisch — er sünde seine Widersacher nicht in den Reihen der Gegner!

Die Attentatgerüchte werden natürlich nicht bios von der deutschen Polizeipresse verbreitet, sondern Sensationsblätter aller Art befeuern durch kraße Ubertreibungen noch die Jähmüthe der schriftlichen Urheber. Ganz besonders thut sich darin der Pariser „Cri du peuple“ hervor, der heute, nachdem ihn insofern seiner verschiedenen Haltungen alle ernstzunehmenden Mitarbeiter verlassen haben, nur noch als Sensationsblatt ein ephemeres Dasein fristet. Die Berliner „Volkshelmut“ wendet sich gegen gewisse skandalöse Treiben in folgendem:

„Ein ganz gemeingefährlicher Windbeutel scheint der Berliner Korrespondent des Pariser „Cri du peuple“ zu sein, der sich Parisi Kampf nennt. Dieser Herr räth sich seit einigen Tagen fortgesetzt, daß ihn die Berliner Polizei suche, um ihn — mindestens — auszuweisen, daß er aber dasat folgen werde, daß man ihn nicht sinde. Schon aus diesen ebenso dramatisierenden wie lächerlichen Behauptungen dürften Kenner der Berliner Verhältnisse zu sehr wenig erbaulichen Schlüssen über die Quantität dieses Korrespondenten introuvable (unanzufindbaren Korrespondenten) kommen. Das Urtheil muß aber noch ver-nichtender ausfallen, wenn man verfolgt, wie dieser Held der Heber, der offenbar nirgend zu Hause ist, immer aber die würdige Kiens des „Eingeweihten“ annimmt, an das Pariser Blatt über Attentats-pläne berichtet. Was die journalistischen Werkzeuge des Volkensmarktes vor anderten, wahrheitsklar weil sie fühlen, daß sie leicht in ihrer Verlogenheit entlarvt werden könnten, führt dieser Korrespondent mit breitem Behagen aus, indem er zum Schluß sogar die Behauptung wagt, die Sozialisten sehten sich nach der „Erfüllung dieser (hier nicht näher zu ermahnenden) Hoffnungen“. Der „Cri du peuple“ ist bekann-lich kein sozialistisches Blatt, und vielleicht nicht einmal ein Blatt, das man ernst zu nehmen hat. Wir wollen auch ununtersucht lassen, ob Herr Kampf überhaupt existirt, oder ob nicht ein auf Sensationserregung hinarbeitender Pariser Jellenreporter hier großen Anzug treibt. Da aber Spindelgeschichten nur zu leicht ihre Gläubigen finden, so wollen wir hier vor der Deffentlichkeit konstatiren, daß die Sozialdemokratie Berlin's einstimmig ist in dem Urtheil über die Ver-antwortlichkeit, die derjenige übernehmen würde, der eine Kenderung der bisherigen wohlberedeten Taktik auch nur anregen und anstreben möchte, und daß sie nur die „Hoffnung“ hat, daß kein Jbiot oder Schröder-Haupt der Reaktion den Befallen thut, deren — nicht unsere — Hoffnungen zu verfluchen.“

Diese offene, unmeideutige Sprache wird natürlich die literarischen Landsknechte, die für die preussische Polizei im In- und Auslande ar-beiten, nicht abhalten, den alten Schwindel immer neu aufzuwärmen. Haben wir doch auch hier in A r t h die Berufsbewerber, welche die Arbeit der preussischen Polizei nicht besser verrichten könnten, wenn sie auch die höchsten Offiziersgehälter aus der Kasse der Bismard'schen Reptilienarmee erhielten.

Korrespondenzen.

Neumünster, 1. Juli. Der am 18. Mai ausgebrochene Arbeiter-reif baut noch unverändert fort. Von den circa 500 Woblern, welche die Arbeit niedergelegt, sind bis heute, nach siebenwöchentlichem Kampfe, circa 15 Fahnenfähige zu verzeichnen, ein Beweis, daß die Arbeiter mit aller Kraft an ihrer Forderung festhalten. Als die Frage wegen Ver-

führung der Arbeit unter den Arbeitern angesetzt wurde, war hauptsächlich der Umstand maßgebend, daß die drückenden Verhältnisse mit jedem Jahre für die Arbeiterschaft sich dadurch ungünstiger gestalten, daß die Wohnungen von den Arbeitern immer mehr entzogen wurden. — Mehrere Genossen, welche in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit schon Erfahrung hatten, riefen, die Forderung des zehnjährigen Arbeitstages zu stellen, die Fabrikanten würden die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde nicht ohne Weiteres bewilligen; die Arbeiter müßten für die halbe Stunde ebenso hartnäckig kämpfen, wie für den zehnjährigen Arbeitstag, auf einen Bergleib sei nicht zu rechnen, eventuell aber könne dann bei letzterer Forderung etwas nachgegeben werden, um einen Streit zu vermeiden. Die Arbeiter bauten jedoch zu sehr auf die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, und werden jetzt durch die Macht der Thatsachen von diesem Harmoniebusel gründlich geholt. Von Anfang an ist der Fabrikantenverein mit aller Brutalität vorgegangen, denn bereits vor der Arbeitsniederlegung, während die Verhandlungen noch stattfanden, sind die Wochenlöhner gekündigt und nach 14 Tagen entlassen worden. Die Weber hatten dadurch einen schweren Kampf; von Seiten der Fabrikanten wurde Alles aufgeboten, die entlassenen Wochenlöhner und die Arbeiter der Baumwollweberei und mehrerer Strumpfwirkerereien, die mit unserer Forderung gar nichts zu thun hatten und ebenfalls auf Beschluß des Fabrikantenvereins feiern mußten, gegen die Streikenden aufzugehen, was aber gänzlich mißlang. Nachdem die Fabrikanten 14 Tage lang die Fabriken geschlossen hatten, waren sie doch gezwungen, dieselben wieder in Gang zu bringen.

Zwei Fabrikanten, C. Bartram und H. Rohwedder, bereiten Sachen und Thüringen, um dort mit Hilfe von Agenten Arbeitskräfte zu kaufen, und unter Vorpiegelung der größten Lügen haben sie zwar aus Sachsen keine Kulis erhalten, mehr Glück aber in Thüringen gehabt, wo die Leute in der Arbeiterbewegung noch weit zurück sind; auch sind einzelne Arbeiterinnen aus Dänemark gekommen. Den Haupttrumpf wollten die Ausbeuter mit den importierten Böhmern ausspielen. Oben genannter Rohwedder hatte die ersten zwei Böhmern aus Reichenberg mitgeschleppt; dieselben wollten auch wieder weg, sind aber mit Gewalt zurückgehalten worden. Den Hauptagenten in Böhmern spielt der Meister Radloff von der Fabrik Reichenberg, welcher in dortiger Gegend früher gearbeitet und dessen Frau aus Reichenberg ist. Die Hälfte der durch ihn hergeschwindelten „Kulis“ ist bereits wieder abgereist, und auch mit den Thüringern ist wenig anzufangen, da dieselben die Weberlei überhaupt erst lernen müssen.

Nun versuchen die Fabrikanten mit Hilfe der Polizei und Regierung die Streikenden zu unterdrücken. Im „Kasino“ werden die Pläne geschmiedet. Jeder Arbeiter, der sich auf der Straße blicken läßt, wird brutal behandelt, beim geringsten Wort gegen die Kulis verhaftet; die beiden Polizeistädter und Senkel, ausgekaufte Subjekte der Fabrikanten, leisten das Möglichste; der Polizeistädter äußert eines Tages nach berühmtem heilbrigendlichem Muster: „Da muß erst ein Kanonenschuß dazwischen.“ Wenn nur ein Streikender mit einem Weber spricht, schreien die Fabrikanten nach Polizei, und von Seiten der Fabrikanten wird gegen die gekauften Kulis die größte Brutalität geübt, sobald Einer nur sagt, die Fabrik zu verlassen. Wie weit Polizei und Fabrikanten gegen die Arbeiter vorgehen dürfen, dafür ein Beispiel: Am 25. Juni fand im Bureau des Streikkomitees eine Hausdurchsuchung statt und wurden das Kassenbuch, ein Verzeichnis der ausgegebenen Sammelisten, sowie mehrere Briefe u. dgl. beschlagnahmt — und jetzt bräutet sich der Fabrikant Rohwedder, die Bücher vom Streikkomitee bei sich im Hause zu haben.

Trotz alledem halten die Streikenden noch fest zusammen; möchten die Kollegen allerwärts ihre Pflicht und Schuldigkeit thun, dieselben materiell zu unterstützen, damit wir den Kampf gewinnen; es handelt sich nicht allein um gewerkschaftliche Organisation, sondern der Kampf hat einen politischen Hintergrund; die Weber bilden den Kern unserer politischen Bewegung, und der soll ausgerollt werden, deshalb leisten auch die Polizei und Regierung so häßlich Handlangerdienste.

Genossen, diesen Triumph dürfen wir der Polizei nicht gönnen, damit wäre das politische Leben für unsere Sache hier am Orte auf Jahre hinaus lahmgelegt. Haltet und in diesem Kampfe! Alle Gelder und Briefe sind zu senden an:

Franz Schneider, Post 28, Neumünster i. S.

Dresden, Ende Juni. (Situationsbericht.) Wir nehmen den Raum des Organs sehr wenig in Anspruch; das kommt hauptsächlich daher, weil selten etwas Gutes von hier zu berichten ist. Der große Sozialistenstreik von vorigem Jahre ist gewiß noch im Gedächtnis aller Genossen, und wie er „gemacht“ wurde, weiß auch Jeder, gleichwohl sprangen aber 13 Jahre Gefängnis dabei heraus! Trotzdem nun die Strafen aus dem vorigen Streik noch nicht abgehört sind, soll schon wieder ein neuer Streik in Aussicht genommen werden, und zwar ist der Hauptstreik hierbei der in Nr. 8 dieses Blattes gekennzeichnete frühere Maurer, jetzt Restaurateur Conrad.

Bei diesem „Nicht-Genossen“ will ich mich etwas länger aufhalten. Als der vorjährige Streik in Szene ging, wurden wir uns Alle darüber klar, mit welchem Schicksal wir es zu thun gehabt haben, und daß derselbe von der Zentrale der internationalen Epistelgesellschaft hierher kommandiert worden, um Stoff zur Verlängerung zu liefern. Unsere Vermuthungen und Wahrnehmungen haben sich nun im Laufe der Zeit zur Evidenz erwiesen. Als im „Sozialdemokrat“ seine Kämpferklärung erfolgte, war dieser Burleske natürlich „enttäuscht“ und wollte sich eine „eklatante Genugthuung“ verschaffen. Er drohte ganz Dresden zu verlassen und alle Zeitungen, die es reproduziert haben, die jetzt hat er aber Niemand weiter verklagt, als einen seiner früheren Freunde, nämlich den Kolporteur der verbotenen „Volksstimme“, und wurde derselbe auch wegen Verleumdung zu 30 Mark Geldbuße verurtheilt. Die Anträge des Verleumdeters auf Vernehmung, resp. Verurteilung des betreffenden Kriminalbeamten darüber, ob Conrad Geld von der Polizei erhalte und dafür Episteldienste leiste, wurden natürlich abgelehnt. Der Gerichtshof meinte, wenn Conrad auch wirklich Epistel wäre, so dürfte ihn trotzdem Niemand Epistel nennen, das Wort Epistel sei eine Verleumdung und gehöre vergangenen Zeiten an — ergo mußte der Angeklagte bestraft werden. Die „eklatante Genugthuung“ mit 30 Mark ist also recht dürftiger Art, und sie wurde es durch die Retikulation des Gerichtshofes erst recht.

Ein weiteres Moment, das verschiedene Genossen schon vor der öffentlichen Entlassung Conrads auffiel, war der Umstand, daß der „Agitator“ Conrad von der Polizei die Konzeption für eine Wirtschafft erhielt, in der fast ausschließlich Arbeiter verkehrten. Dies fiel uns so sehr auf, wenn man die Praxis der Polizei bei Ertheilung der Wirtschafft konzeptionen ins Auge faßt. In den vorjährigen Sozialistenstreik z. B. wurde auch ein gewisser Pache, Inhaber eines größeren Gasthofes, hineingezogen. Dieser Mann weiß vielleicht heute noch nicht, was die Sozialdemokraten wollen, trotzdem wurde ihm die Konzeption zur Gastwirthschaft auf dem schnellsten Wege und unter den wichtigsten Vorwänden entzogen. In derselben Wirtschafft betreibt heute ein anderer Wirt dasselbe Geschäft — warum geht es nun bei dem? Die Antwort ist ganz einfach: dieser ist konservativ! Die Polizei war aber nicht zufrieden, den Mann erstenslos gemacht zu haben, sie vertrieb ihn auch noch aus der Wohnung. Pache wohnte nämlich bei einem Gastwirth zur Miete, und nun ward dieser eines Tages plötzlich vor die Wahl gestellt, entweder den Pache aus dem Hause zu scheiden oder die Konzeption zu verlieren! Und warum das? Es könnten ja schließlich doch dem Pache zu Liebe Sozialdemokraten in seiner Wirtschafft verkehren!

Also hier bei einem Nicht-Sozialdemokraten diese Strenge und da bei dem „Agitator“ Conrad diese Milde! Aber freilich, der Wirt Conrad wäre ja für die Polizei der beste Agitator!

Auf andere Gesichtspunkte, wie z. B. den theuren Lebenshalt des Conrads, seine gründerhaften Schwindelversuche mit der Verkündung von Subscriptionslisten in die Provinz, wo man ihn noch nicht durchschaut hatte, und dergleichen will ich hier gar nicht eingehen. Nur eines will ich erwähnen, das zugleich auch auf den Eingang erwähnten neuen Streik zurückführt. Conrad weiß natürlich, daß er heute zum Beispiel nicht mehr die rechte „Kraft“ ist, er sucht sich „um Geld und gute Worte“ Hintermänner anzuschaffen. Wie gering er aber diese taget, geht daraus hervor, daß er z. B. den Tischler Reichert — um nur Einen zu nennen — mit 20 Mark gekauft hat, daß dieser seine Kollegen

in der Fabrik benutzte, um „Material“ für den neuen Streik zu gewinnen.

In meinem nächsten Briefe werde ich vielleicht den Verteidiger des „Gentleman“ Conrad, Rechtsanwalt Schreiber, der auch im vorjährigen Seidensandstreik als Verteidiger fungierte, etwas näher charakterisiren.

Aufforderung.

Alle Genossen oder Vereine (im Ausland), welche noch Material für die Zeitschrift,

die bei Anlaß des zehnjährigen Bestandes des Sozialistenorgans erschienen soll, in Händen haben, sind gebeten, dasselbe ungekürzt an Unterzeichnete einzuliefern, verspätete Einsendungen würden notwendigerweise unberücksichtigt bleiben müssen.

Expedition des „Sozialdemokrat“.

Warnung.

Der schon wiederholt als Schwindler und Hochstapler im „Sozialdemokrat“ (siehe in Nr. 3 dieses Jahres) gekennzeichnete Anton Meß, Buchhändler,

bereift gegenwärtig die Schweiz, angeblich wieder wegen „Gotteslästerung“ sichtlich.

Meß hat mit der Partei nicht das Gerüchte zu thun und ist niemals wegen Verhöhnung oder Agitation für die Partei bestraft worden — alle seine diesbezüglichen Behauptungen sind Schwindel.

In Basel, wo er sich als Opferlamm der Partei ausgeben versuchte, sagte er:

„Seine ganze Existenz sei durch seine Thätigkeit als Parteigenosse ruiniert worden und fast 5 Jahre habe er brummen müssen. Auch sei er seit 20 Jahren in der Partei thätig. Wenn er früher gekannt hätte, daß er so den Unbanke der Partei bekommen würde, dann hätte er früher den Schein der Regierung unterzeichnet, der ihm i. J. vorgelegt wurde, und hätte stillschweigend an die Partei „schwarze Gelder“ bezahlt.“

Wir warnen also unsere Genossen allerorts wiederholt, sich mit diesem Schwindler, der nach Obigem zu Allem fähig und für die Polizei natürlich immer noch gut genug ist, irgendwie einzulassen oder seinen Angaben Glauben zu schenken.

Meß ist aus dem Zustehen Meß gebürtig, spricht sächsischen Dialekt, besitzt eine ungewöhnliche Augenfertigkeit, ist ca. 40 Jahre alt, hat rötlich blonden Bart und Haare mit Beginn einer Glatze über der Stirn, und macht gegenwärtig den Eindruck eines etwas heruntergekommenen Kolporteurs, welches Handwerk er auch jetzt noch nebenbei betreibt.

Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zur Beachtung.

Werthe Genossen!

Die kürzlich erfolgte Ausweisung unserer vier Kollegen aus der Schweiz zwingt uns, auch heute wieder an Euch so oft schon bewährten Opfernuth zu appelliren.

Was wir jetzt von Euch wünschen und worum wir Euch heute bitten, ist kein Opfer an Geld, sondern nur eine erhöhte Thätigkeit für die Ausbreitung unserer Ideen, eine verstärkte Propaganda für unsere Sache, unsere Partei.

Nicht Beiträge zur Stärkung unserer Unterstützungsfonds wünschen wir heute von Euch, sondern Eure Hilfe in der Verbreitung von Parteilchriften.

Geschäftliche Aenderungen, die sich in Folge der Verbannung unserer vier Genossen nöthig machen, zwingen uns zur Verkleinerung unseres Vorrathes an Schriften. Es ist für uns und die Partei von der größten Wichtigkeit, daß die Genossen eines jeden Ortes eine größere Bestellung von Schriften machen je nach der Anzahl, die sie sofort oder später abgeben in der Lage sind. Da wir gerade jetzt sehr wenige Schwierigkeiten betreffs der Zusendung der Schriften haben, so bitten wir, möglichst rasch zu bestellen.

Von besonderem Interesse ist uns unter Anderem der Absatz folgender nicht verbotener Schriften:

Fr. Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates	Nr. 1.
W. Becher, Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution von 1848	2.
— Geschichte der revolutionären Pariser Kommune von 1871—1874	1. 60
J. Jakob, Schriften und Reden	6.
A. Brunnemann, Skizzen und Studien zur französischen Revolutionsgeschichte	40
Prowe, John Brown, der Regenerhellend	40
A. Otto-Walster, Eine mittelalterliche Internationale. Eine Novelle	50

Von obigen, wie wir noch einmal betonen, nicht verbotenen Schriften ist der Vertrieb von Engels' Ursprung der Familie, von großer Wichtigkeit, und bitten wir das bei der Bestellung zu beobachten.

Von verbotenen Schriften empfehlen wir Euch außer der „Sozialdemokratischen Bibliothek“, die in allen Kammern vorrätig ist, hauptsächlich die folgenden:

Fr. Engels, Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	Nr. 2.
— Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	35
A. Bebel, Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft	2.
— Der deutsche Bauernkrieg	1. 60
F. Lassalle, Pastoral-Schule	1.
Der Leipziger Hochverrathstreik von 1872 gegen Bebel, Liebknecht und Seydewitz	3.
A. Douai, ABC des Wissens für die Denkenden	20
C. A. Schramm, Grundzüge der Rationalökonomie	50
E. Fink, Unsere Schulen im Dienste gegen die Freiheit	60
— Beiträge zur Schule im Dienste für die Freiheit	1. 20
Vorwärts, Eine Gedächtnisfeier für das arbeitende Volk	brochirt 2. 40 gebunden 3. 50
Sozialdemokratisches Liederbuch, 10te Auflage	40
Sozialdemokratischer Deklamator	40

Bei Bestellungen von mehr als Nr. 100. — gewähren wir ausnahmsweise einen Rabatt von 25%.

Genossen, wir sind überzeugt, daß unser Appell an Euch nicht ungehört verhallt. Wir wiederholen, daß es für uns, für die Partei vom größten Interesse ist, daß recht bald eine recht große Anzahl von Parteilchriften von uns bezogen werden. Wir wissen, daß das genügt, um die Genossen jeden Ortes zur höchsten Thätigkeit nach dieser Richtung hin anzufeuern.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Folksbuchhandlung
und Expedition des „Sozialdemokrat“,
Göttingen-Zürich.

*) Neben Marx' Kapital die wichtigste und ausführlichste Schrift unserer Parteiliteratur.

Briefkasten.

der Expedition: Bürger Sanftmuth; Ahr. geändert. Hüllnotirt. Weiteres beachtet. Aber die 3 Leise werden doch wohl dort anbringen sein. — Dillstein; Nachr. erh. Hüll. notirt. Versprochen erw. — Binn; Rechnung erh. Nr. 617 — gebucht. — J. Cohn; Rgdb.; Nr. 5 — Nr. 3. Du. erh. — A. Schubl. Biel; Nr. 21 — A. Cio Nr. 1. Du. erh. — Hockberg; Nr. 61 10 (Nr. 49 50) & Cio Nr. erh. Fehlendes unterweg. Ahr. gelöst. Hüll. folgt. Jubiläum-Material in Nr. 23 quittirt. — D. S. ad. Sp.; Nr. 62 — (Nr. 50 22) & Cio Nr. 1c. erh. — Die Rothen in H.; Ahr. gelöst u. notirt. Weiteres bsl. — Rothe Fahne; Hüll. u. Ahr. notirt. — Claudius; Hüll. notirt. Auch von den neueren Nr. 125 — 17. Hockb. ist uns nicht gemeldet. Versprochenes schließlich erw. — Admas; Ahr. gelöst. Fehlendes unterweg. — E. S. Pp.; Nr. 2 — & Cio erh. Hüll. u. Ahr. notirt. — O. Kppdt. Gb.; Nr. 4 60 Nr. 3. Du. erh. — A. Hüll. Gb.; Nr. 8 — 3 Nr. 3. Du. erh. — Adros; Ahr. gelöst. Hüll. u. Ahr. gelöst. — S. S. Pp.; Seminächt abg. Ding Abreg. schon 20. Juni ab. — O. P. Prag; Nr. 2 — (bowl. 1) f. S. H. erh. Hüll. folgt. — E. K. Gbd.; Nr. 3 — Nr. 3. Du. u. Nr. 1 — f. S. H. erh. — R. H. Lyon; Nr. 2 50 Nr. 3. Du. u. Nr. 2 50 pr. Urd. bsl. erh. — Spitzel; Ahr. notirt. Hüll. fort. Neues notirt. — Rührer; Bf. v. 3. hier. Das läßt sich nun jetzt schon zum dritten Mal recht häßlich an. Nach Bericht v. 5. also wieder gut. „Gott“ sei Dank. Mit dem Ab. Sammeln sich nur nicht die Mühe verdrücken lassen. Die Zeiten fordern ja gerade dazu heraus. Weiteres bsl. — H. S.; Nachr. mit Hockb. post hier. Hatten schon Kamb. n. S. Guss. — Claus Groß; Ahr. u. Hüll. notirt. Abreg. erh. — Klatsch; Nachr. v. 4. hier. — P. S. H. Bn.; Nr. 8 50 Nr. 3. Du. u. S. H. erh. — O. H. Lidge; Nr. 13 50 Nr. 3. Du. erh. Weiteres notirt. — H. S. H.; 10 Gb. f. S. H. erh. — Gmb. Montreux; Nr. 2 — Nr. 3. Du. erh. — D. H. Ber. Ahr.; Nr. 2 — Nr. 3. Du. erh. — S. Dhm. Brnn.; Nr. 4 20 Porto 3. u. 4. Du. erh. — G. P. Berg. Bn.; Nr. 4 — Nr. 3. u. 4. Du. erh. — Fr. Strukt. Bn.; Nr. 105 (Nr. 25) — f. S. H. erh. Hüll. folgt demnach. — J. S. H. Ahr. Margret Schmid; Nr. 4 40 (Hüll. S. H. — 3 50) & Cio Nr. 3. u. 4. Du. erh. Fehlendes noch 60 Gb. — Major Edward; Bf. v. 2. am 6. hier. Ahr. geordnet. — B. I. VI; Nr. 1854 15 (Nr. 1483 32 & Cio Nr. 1c. erh. Hüll. mehr. — Schwarzer Taugenichts; Nr. 26 40 & Cio Nr. 1c. u. Nr. 13 60 pr. Urd. bsl. erh. Bsl. Red. abg. Riemaß auf 2 Seiten schreiben. Alles für Red. Bestimmte auf eigenes Blatt. — Sprengel; Nr. 24 25 Nr. 3. Du. u. S. H. erh. Hüll. notirt. Papiergeld lieber. Gudennoten gehen im Kurs nur zu 1 fl. = 2 fr. — Morgenroth; Nachr. betr. Rührer. Versprochenes erw. — Schippe; Hüll. notirt. Bsl. abg. — Plattkopf; Nr. 35 — & Cio Nr. 1c. erh. Warum Kesseltgang? — Wolf; Bf. v. 4. hier. Ahr. folgt. — Ruth u. Kraft; Ahr. geändert. Wenn's nur noch Zeit ist! — Rothbart; Nachr. v. 5. hier. — Commerzienrat; Hüll. v. 6. hier. Betr. Freyde wohl. — Triller; Nr. 6 — Nr. 3. Du. u. S. H. erh. — Raimund; Nr. 88 12 (bowl. 40 — Nr. 7 50 u. Nr. — 60) f. Nr. 3. Du. u. S. H. erh. Sie notiren: „30 fl. 3. B. — Nr. 65 50 beiläufig ger.“ Genau gerechnet sind nach Kurs 30 fl. 30 nur — Nr. 60 — was wir zu beachten bitten. Bf. mehr. — Kl. Ahr. Ber. Schaffhausen; Nr. 15 — & Cio Nr. u. S. H. erh. — B. H. B. Ahr.; Nr. 3 05 Nr. 3. Du. u. S. H. erh. — Nr. 1 95 pr. Urd. bsl. erh. — W. Gbd. Charlatan; Nr. 15 45 (Doll. 3) — f. 8 Nr. 3. Du. erh. — R. Brunn. R. A.; Nr. 3 — Nr. 3. Du. erh. — „er“; Nr. 18 95 (nicht wie im Bf. angegeben. 19 05) & Cio Nr. 1c. erh. Ahr. notirt. Seminächt folgt. — Rother Eisenwurm; Bf. v. 3. hier. Ahr. geordnet. Hüll. notirt. Fehlendes unterweg. — E. S. Pp.; Nr. 3 — Nr. 3. Du. erh. — J. P. Gb.; Nr. 6 — 2 Nr. 3. Du. erh. — S. P. H. H. Ropenhagen; Nr. 40 (30 Dore) f. S. H. erh. — Rother Schwefelband; Nr. 51 85 (Nr. 42) & Cio Nr. 1c. erh. Fehlendes unterweg. Ahr. geordnet. Köstliches nächsten Monat erw. Weiteres bsl. — C. Helmg. Dore; Nr. 2 50 Nr. 3. Du. durch S. erh. — T. H. Bn.; Nr. 4 40 Nr. 3. Du. durch S. erh. — Steiniger; Bf. v. 5/7. hier. Ahr. notirt. Weiteres bsl. — „h“; Ahr. notirt. Bf. mehr. — Honef; Ahr. u. Hüll. notirt. Weiteres bsl. — Ströb. R. A.; Nr. 2 30 (— 1 Rubel) f. S. H. erh. — R. R. Gb. J. S. H.; Nr. 4 — (bowl. 2) — f. S. H. erh. — E. Str. Bn.; Nr. 3 — Nr. 3. Du. erh. — Spitzberg; Nr. 9 — Nr. 3. Du. erh. — J. S. H. Bn.; Nr. 3 — Nr. 3. Du. erh. Hüll. notirt. — Rheinland 100; Nr. 4 40 Nr. 3. Du. u. 20 Bf. f. Porto erh. — Die Widen; Nr. 20 — & Cio Nr. 1c. erh. Hüll. u. Ahr. notirt. Weiteres bsl. — P. i. R.; Bf. v. 6. hier. Weiteres bsl. — Rothbart; Rodricht v. 7/7. am 9. hier. Ahr. gelöst. — Donnerberg; Nichtentfesseln uns unerklärlich. Liegt an Zwischenhand. Fehlendes unterweg. Ahr. notirt. Weiteres bsl. — Rother Koppel; Hüll. notirt. Brochüre liegt jedenfalls noch in Bindeln. Bf. mehr. Guss. — W. K. Bn.; Hüll. notirt. Verschiedenes vergriffen. Bf. Weiteres. — J. A. B.; Hüll. abg. Nr. 2 60 pr. Urd. bsl. erh. —

Anzeigen.

Unserem Freunde und unermüdblichen Genossen
Ludwig Schmidt,
Meister der hiesigen mechanischen Weberei von Schleper und Engländer,
rufen wir bei seiner Abreise nach Amerika ein herzlich willkommen zu.
Die Genossen von Schlebusch und Umgebung.
Wir empfehlen denselben unseren Genossen in Amerika auf's Wager
legentlichste. [Nr. 1 40]

Zürich Samstag, den 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale (3 Treppen hoch) des Schwabenhof (Stadt):
Geschlossene
Versammlung der deutschen Sozialisten.
Tagesordnung:
Wichtige Parteianglegenheiten.
Zu zahlreichem Erscheinen ladet freundlich ein
Der Sozialist
Ohne Vorweisung der Mitgliedskarte hat Niemand Zutritt.

Zur Beachtung.

Alle Genossen, welche nach Amerika (New York) reisen, werden in ihrem eigenen Interesse erucht, sich sofort nach ihrer Ankunft nach dem Hauptquartier der Sozialistischen Arbeiterpartei:

Nr. 25 Post 4. Street,

zu begeben.
Ferner diene Allen, welche gezwungen sind, um Unterstützung nachzusuchen, zur Nachricht, daß solche nur gegen Vorweisung von Legitimationen neueren Datums, unterzeichnet von bekannten Vertrauenspersonen, gewährt werden kann.

Beruhung auf Genossen, welche schon längere Zeit hier im Lande sind, kann nicht berücksichtigt werden.

Das Unterstützungs-Komitee der S. A. P.
Sektion New-York.

[7x]

Schweiz. Volksbuchhandlung und Volksbuchhandlung von S. Gbd. Gb.